

Edgar Endrukaitis-Tschudi

Weltwirtschaft und nachhaltige Entwicklung



Impressum

Herausgeber:

Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Im Rheingarten 7, 53222 Bonn

Redaktion:

Edgar Endrukaitis-Tschudi

Text u. Konzeption:

Edgar Endrukaitis-Tschudi

unter Mitarbeit von Arno Behlau,

Dr. Rudolf Buntzel,

Franz-Josef Obholzer-Thelen,

Ulrich Petschow, Dr. Angelika Zahrt

Peter Lüdke-Höhe

Lektorat:

Satz, Graphik,

Titelbild und Layout:

Bruno Wioska

Druck:

August 1993

I. Einleitung	4
II. Warum gehandelt werden muß	5
1. Treibhauseffekt	
2. Abbau der Ozonschicht	
3. Artensterben	
III. Warum ist es soweit gekommen? - Das überholte Wirtschaftsmodell	7
1. Wohlstand durch Wachstum	
2. Internationale Arbeitstellung	
IV. Die neue Richtung - Entwicklung statt Wachstum	10
1. Scheinlösung: Der Brundtland Bericht	
2. Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung	
V. Weltwirtschaft und umweltverträgliche Entwicklung	12
1. Ökologisierung des Welthandels	
2. Lösung der Schuldenkrise	
3. angemessene Rohstoffpreise	
VI. Finanzierungsvorschläge	19
1. Regionale Umweltschutzmaßnahmen	
2. Globale Umweltschutzmaßnahmen	
VII. Appell - Umschwenken weltweit !	22
1. Wende im Norden	
2. Neuorientierung im Süden	
3. Umbruch in Osteuropa	
VIII. Resümee	31
Glossar	32
Literaturverzeichnis	32
Anhang 1:	33
Die Ergebnisse von Rio - Durchbruch für eine globale Umweltpolitik?	
Anhang 2:	35
Umweltverträglichkeitsprüfung - Königsweg der Umweltpolitik?	
Anhang 3:	37
Bevölkerungswachstum - Hauptgefahr des Planeten?	
Anhang 4:	39
Toblacher Thesen 1992	

I. Einleitung

Es sind alltägliche Meldungen: daß zum Beispiel 500 Millionen Umweltflüchtlinge unterwegs sind, daß jährlich 60.000 qkm Acker- und Weideland verwüsten und der Regenwald jährlich um die Fläche der alten BRD abnimmt. Diese Schreckensmeldungen verhallen, die Lage bleibt aber ernst. Wir leben auf Pump, auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Das Überleben der Menschheit und der gesamten Biosphäre ist gefährdet, weil menschliches Wirtschaften naturgesetzte Grenzen überschritten hat.

Globales Denken und internationales Handeln ist wie nie zuvor erforderlich. Es geht nicht mehr allein um die Minimierung von Schadstoffen in einem Land, es geht um den Erhalt unserer Erde. In der Politik ist diese Erkenntnis noch nicht weit verbreitet. Die Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio zeigte dies mit ihren mageren Ergebnissen deutlich. Nationalstaatliches Denken hätte diesen Gipfel fast zum Scheitern gebracht. Auch hierzulande wird Politik überwiegend in der Froschperspektive betrieben. Entwicklungspolitiker gelten im Bundestag unter Kollegen noch immer als Exoten. Selbst viele Umweltschützer tun sich schwer mit der Vogelperspektive, es gibt ja genug Probleme im Inland.

So liegt die Aufgabe der vorliegenden Publikation auch darin, Zusammenhänge und Lösungsansätze aus einem internationalen Blickwinkel aufzuzeigen, damit internationale Umweltpolitik ein Anliegen jedes engagierten Naturschützers wird. Die vorliegende Abhandlung kann dabei die komplexen und komplizierten Problemfelder nur schwerpunktmäßig beleuchten. Eine gewisse Oberflächlichkeit in der Darstellung wird zugunsten von klaren Schlußfolgerungen bewußt in Kauf genommen.

Ein Fazit der nachfolgenden Ausführungen lautet Abschied nehmen vom westlichen (Verschwendungs-) Wohlstandsmodell. Die Akzeptanz der damit verbundenen Maßnahmen setzt den Willen für eine gemeinsame Anstrengung zum Erhalt unseres Planeten voraus. An dieser Bewußtseinsbildung mitzuwirken, ist Aufgabe der Umweltschützer. Zugleich müssen wir die Überzeugung verbreiten, daß die avisierten "Wege zum Gleichgewicht" (Al Gore) nicht zu einem Verlust an Lebensqualität führen müssen; "langsamer und weniger" kann durchaus "besser und schöner" sein.

Im Text wird verschiedentlich der Ausdruck "nachhaltige Entwicklung" oder "nachhaltiges Wirtschaften" gebraucht. Es ist die Übersetzung des englischen Begriffs "sustainable development". Häufig werden im Deutschen auch die Worte dauerhaft, tragfähig, zukunftsfähig und zukunfts offen verwendet. Inhaltlich gesehen handelt es sich jeweils um dasselbe. In Anlehnung an die Brundtland-Kommission definieren wir nachhaltige Entwicklung als die Entwicklung, "die den gegenwärtigen Bedarf zu decken vermag, ohne gleichzeitig späteren Generationen die Möglichkeiten zur Deckung des ihren zu verbauen" (Hauff, 1987). Weiterhin werden im Hinblick auf leichtere Lesbarkeit ohne konkrete Abgrenzung die Begriffe "Industrieländer (IL)" für den Norden und "Entwicklungsländer (EL)", "Dritte Welt Staaten" für den Süden wertfrei benutzt, wohlwissend, daß damit Unschärfen verbunden sind.

II. Warum gehandelt werden muß

Indizien für die Überschreitung naturgesetzter Grenzen und einen drohenden globalen Öko-Kollaps sind die Erwärmung der Erdatmosphäre, der Abbau der Ozonschicht und der Verlust der Artenvielfalt.

1. Treibhauseffekt

Der natürliche Treibhauseffekt, hervorgerufen von den Gasen, Wasserdampf, Kohlendioxid, Ozon, Distickstoffoxid und Methan ist lebensnotwendig. Er sorgt für die heutige Durchschnittstemperatur der Erde von 15°C, die sonst bei -19°C liegen würde. Verstärkt wird dieser natürliche Treibhauseffekt seit der Industrialisierung aber durch zusätzliche Gase wie Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW).

Nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen steigt die globale Mitteltemperatur bis zum Jahre 2025 wahrscheinlich um 2,5°C, wenn die treibhausrelevanten Emissionen unverändert ansteigen. Bis zum Jahre 2100 steigt die mittlere Temperatur wahrscheinlich um 5°C. Diese Erwärmung in 100 Jahren entspricht der Erwärmung seit der letzten Eiszeit vor 18.000 Jahren. Der Temperaturanstieg erfolgt mit etwa 0,3°C pro Dekade dreimal so schnell wie es natürliche Ökosysteme nach heutigem Wissen vertragen können. Die Klimazonen werden sich deswegen schneller verschieben, als die Vegetationszonen folgen können. Außerdem steigt durch die globale Erwärmung der Meeresspiegel um ca. 60 cm allein bis zum Jahre 2100 an.

Schon bei einem Anstieg von 30 cm werden viele küstennahe Regionen und Inseln überschwemmt und damit ihre Bewohner vertrieben werden. Insgesamt muß laut dem Bericht der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" in naher Zukunft mit folgenden sich laufend verstärkenden Auswirkungen gerechnet werden (Enquete-Kommission, 1990):

- Verschiebung der Klimazonen, z.B. der Wüstenregion;
- großräumiges klimabedingtes Waldsterben in den mittleren und höheren Breiten;
- Beeinträchtigung der Wasserressourcen vieler Gebiete;

- Verschlechterung der Ernährungssituation großer Teile der Menschheit durch Dürren und Überschwemmungen.

Es ist sicher, daß dies Hunger, Elend, Zerstörungen der Umwelt und Flüchtlingsströme in bisher nicht gekanntem Ausmaß zur Folge haben wird.

Die wichtigsten Treibhausgase sind CO₂ (50%-Anteil am Treibhauseffekt), FCKW (20 %) und Methan 15 %. Die Hauptemittenten - vor allem von CO₂ - sind die Industrieländer (IL) mit rund 80% bei einem Weltbevölkerungsanteil von 25%. Die Entwicklungsländer (EL), China eingeschlossen, emittieren rund 20% - allerdings bei einem Bevölkerungsanteil von 75%. Die Fähigkeit des Ökosystems, als Senke für CO₂-Konzentration zu dienen, ist überschritten.

Die Folgen der Erderwärmung gehen zu Lasten aller Erdbewohner, sind aber ungleich verteilt. Die EL stehen auf der Verliererseite, obwohl der reiche Norden die Hauptverantwortung an dem Debakel hat.

2. Abbau der Ozonschicht

Ein weiterer Beweis für die Überschreitung der globalen Belastbarkeit der Erde ist der fortwährende Abbau der Ozonschicht. Schon in den 70er Jahren wurde der Zusammenhang von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) und Ozonabbau festgestellt aber angezweifelt. Mitte der 80er Jahre bestätigten Messungen und Satellitenaufnahmen das wahre Ausmaß der Ozonschädigung. Die Südhemisphäre ist bislang vom Ozonabbau stärker betroffen als die Nordhemisphäre. Der Ozonabbau hat gravierende Folgen, denn Ozon in der Stratosphäre wirkt als natürlicher Filter für den biologisch effektiven UV-

Zu den Verursachern des industriebedingten Treibhauseffektes gehören die Bereiche:	
Energie einschließlich Verkehr (Luftverschmutzung)	50 %
Chemie (Produktion und Anwendung von FCKW)	20 %
Landwirtschaft, Relsanbau (CH ₄), Düngung (N ₂ O), Rinderhaltung (CH ₄)	15 %
Vernichtung des Tropenwaldes	15 %

B-Anteil der Sonneneinstrahlung. Da nun eine erhöhte UV-B-Einstrahlung stattfindet, hat das drastische Konsequenzen für Menschen, Tiere, Pflanzen und das Leben in den Ozeanen:

- jedes Prozent Ozonschichtabbau führt zu einem fünfprozentigen Anstieg von Hautkrebskrankungen;
- Schädigungen am Auge (grauer Star) und am Immunsystem werden häufiger;
- Verminderung der Photosyntheserate und damit verbunden ein Rückgang der Ernteerträge und Fischfangmengen aus den Meeren; Störung des ökologischen Gleichgewichts generell, das zum beschleunigten Artensterben führen kann.

Fazit:
Klimaveränderungen, Ozonloch und Artensterben sind erdrückende Indizien für einen sich anbahnenden globalen Ökokollaps. Das Ruder muß herumgerissen werden. Der Norden befindet sich in einer besonderen Verantwortung. Hier muß der Einzelne seinen Lebensstil überprüfen, hier muß sich die Politik vom ressourcenverzehrenden Wachstumsetzismus abkehren. Der Süden und der Osten brauchen das praktizierte Vorbild einer nachhaltigen Entwicklung - anders und ohne die Solidarität des Nordens mit dem Süden und dem Osten kann es nicht zu einer Öko-Wende kommen.

Hauptverantwortlich für die Schädigung der Ozonschicht sind die FCKW. Jährlich gelangen etwa 1 Million Tonnen in die Biosphäre. Die FCKW brauchen etwa 10 Jahre, bis sie zur Ozonschicht aufsteigen, wo sie diese Schicht dann mit einer Halbwertszeit von etwa 100 Jahren zerstören. Das heutige Ozonloch spiegelt also nur die vergleichsweise geringe FCKW-Menge wider, die Anfang der 80er Jahre emittiert wurde. Die Welt wird noch erhebliche Folgen zu tragen haben, denn selbst wenn die FCKW-Produktion sofort gestoppt werden könnte, würde der Höhepunkt der Belastung erst in 10 Jahren erreicht werden.

Ein anschauliches Beispiel für die nahende Umweltkatastrophe liefert Neuseeland. Am Südpol bestimmt das Ozonloch das Leben. Die Nachrichtensendungen enden in den Sommermonaten nicht wie sonst üblich mit dem Wetterbericht, sondern mit der "burntime". Nicht selten bleiben den Bür-

gern im Freien gerade 20 Minuten bis zum Sonnenbrand. Die Hautkrebsrate hat sich in den vergangenen Jahren vervierfacht, Sonnencremes mit dem Lichtschutzfaktor 45 haben Hochkonjunktur.

Wie beim Treibhauseffekt ist beim Ozonabbau die Aufnahmekapazität des Ökosystems überschritten worden. Auch in diesem Fall befinden sich die Verursacher im Norden, der 85 % der FCKW freisetzt.

3. Verlust der Artenvielfalt

Das Artensterben ist Bestandteil der natürlichen Evolution seit Leben auf der Erde existiert. Ungehemmte Eingriffe des Menschen in das Ökosystem dezimieren die Artenvielfalt heute jedoch mit beispielloser Geschwindigkeit. Wie hoch der tatsächliche Artenverlust ist, weiß niemand genau. Schätzungen gehen von 5.000 bis 150.000 Arten jährlich aus.

In den tropischen Regenwäldern, die nur 6% der Erdoberfläche bedecken, leben mindestens die Hälfte aller Arten, Experten schätzen sogar 90%. Inzwischen ist von den ca. 1,5 Mrd. Hektar Regenwald nur noch die Hälfte verblieben. Die Entwaldungsrate steigt trotz des Wissens um die Bedeutung der Wälder. Jährlich wird eine Regenwaldfläche von der Größe der alten Bundesrepublik zerstört. Damit ist ein beispielloses Artensterben verbunden, das neben dem unersetzlichen Verlust des Genbestandes die biologischen Systeme als Ganzes gefährdet. Einem kurzfristigen wirtschaftlichen Kalkül fallen unermeßliche Reichtümer zum Opfer.

III. Warum ist es soweit gekommen? - Das überholte Wirtschaftsmodell

1. Wohlstand durch Wachstum

Der Konflikt zwischen Wirtschaft und Umwelt ist vielfältig und kann hier nicht erschöpfend behandelt werden. Stellvertretend soll nachfolgend der Wohlstandsindikator Bruttosozialprodukt (BSP) und das daran ausgerichtete Ziel Wirtschaftswachstum problematisiert werden.

Zentrales Ziel jeder nationalen Wirtschaftspolitik ist die Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt. Gemessen wird die Wohlfahrt bislang am Bruttosozialprodukt (BSP = Wert der von Inländern erzeugten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen während eines Jahres). Ermittelt wird das BSP mit Hilfe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Je höher die Gesamtproduktion der Güter und Dienstleistungen ausfällt, desto höher der Wohlstand, so die weit verbreitete Vorstellung.

Dieses Meßkonzept und die damit verbundene Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Wirtschaftswachstum beeinflussen Richtung und Art unseres Wirtschaftens erheblich. Die Unvollkommenheit des seit den 30er Jahren entwickelten Meßkonzeptes trägt zur ökologischen Krise bei, da die Folgekosten unseres Wirtschaftens unberücksichtigt bleiben und falsche Preissignale gesetzt werden.

Der "Wohlstandsindikator" BSP erfaßt einerseits nicht die Zerstörung der natürlichen Güter (z.B. Waldsterben), andererseits werden aber Ausgaben für Umweltreparaturen als Einkommen bilanziert (Einsatz von Kalk gegen Waldsterben).

Nach Berechnungen von Leipert belaufen sich die "defensiven Kosten", also die Ausgaben für Schadensbeseitigungen, auf etwa 12 Prozent des BSP (Leipert, 1989). Dies waren mehr als 250 Mrd. DM im Jahr 1989. Nach neuesten Berechnungen betragen die jährlichen Umweltkosten allein für Westdeutschland 610 Mrd. DM (Fraunhofer-Institut ISI, 1992).

Weiterhin erfaßt die VGR als ein rein monetäres Meßkonzept nur über den Markt und Staat laufende Transaktionen. Arbeit im Haushalt, Kindererziehung, Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit werden demnach nicht dem Volkseinkommen zu-

gerechnet. Dagegen tragen aber jeder Verkehrsunfall, alle Naturkatastrophen, jedes Umweltsanierungsprogramm und letztlich auch der krebserkrankte Raucher zum Wirtschaftswachstum bei, sofern "Reparaturkosten" aufgewendet werden.

Relativ umweltfreundliche, meist arbeitsintensive Aktivitäten steigern das BSP weniger als relativ umweltschädliche, kapitalintensive Aktivitäten. Dies gilt z.B. für den Fahrradkilometer gegenüber dem Autokilometer. Der Kauf eines Rades und seine intensive umweltfreundliche Nutzung trägt in Relation zum teureren, umweltverschmutzenden Auto kaum etwas zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei würde das städtische Leben durch den Rückgang von Smog, Verkehrsstaus, Lärm, Verkehrsunfällen angenehmer (und wir nicht ärmer - wie das BSP diese Entwicklung bilanzieren würde), wenn Fahrräder einen gewichtigen Anteil am Verkehrsaufkommen hätten. Genauso verhält es sich beim frisch zubereiteten Mahl mit Zutaten aus dem eigenen Garten gegenüber einem Fertiggericht. Wohlstandssteigernd sind konsequenterweise auch die Produktion von Waffen, Drogen, Alkohol, Tabak, und deren Mißbrauchsfolgen.

Quelle: UNCED-Projektstelle /
Wuppertal Institut, 1992

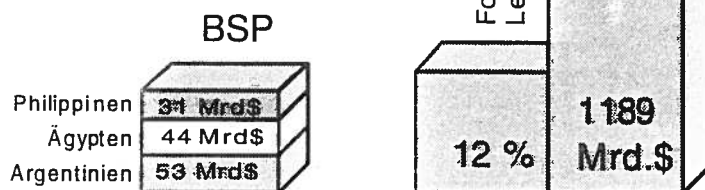
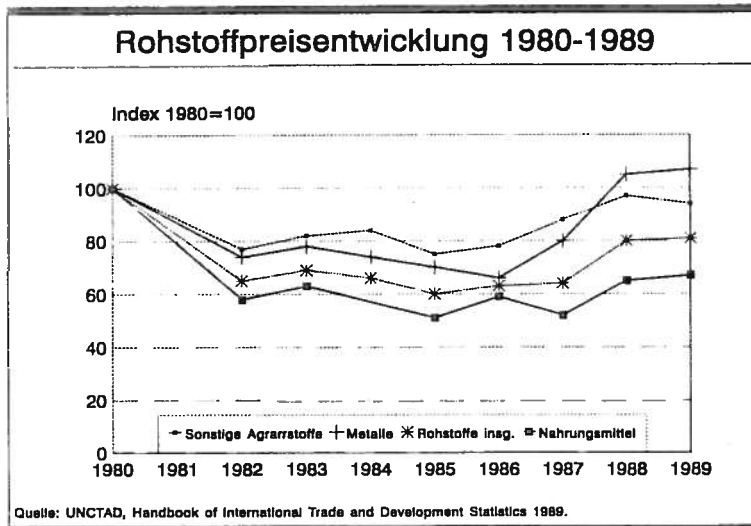


Abb.1 Die (un-) heimlichen Kosten des Fortschritts zur Beseitigung von Schäden an Umwelt und Lebensqualität sind größer als z.B. das Bruttosozialprodukt von Argentinien, Ägypten und den Philippinen zusammen.



Die aufgeführten Beispiele verdeutlichen die Unzulänglichkeit dieses Wohlstandsindikators: Umweltfreundliche Alternativen werden sogar als Wohlstandsverluste ausgewiesen, obwohl sie eher die Lebensqualität steigern.

Undifferenziertes Wirtschaftswachstum geht auch in Ländern des Südens zu Lasten der Umwelt und der zukünftigen Entwicklungschancen, da bei diesem Berechnungskonzept die Verringerung des Naturkapitals nicht berücksichtigt wird. Das Washingtoner World Resource Institute (WRI) hat die Kosten des Raubbaus an natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern anhand von drei Ländern (Costa Rica, Indonesien und Elfenbeinküste) beziffert. Allein die Bodenerosion als Folge des Abbrennens tropischer Regenwälder für die Landwirtschaft hat die potentielle Produktivkraft der untersuchten Länder um 25-30 % verringert. Im Falle Costa Rica betragen die Verluste an Boden, Wäldern und Fischreichtum für den Zeitraum 1970-1989 4,1 Mrd. US \$. Das in dieser Periode erzielte durchschnittliche Wirtschaftswachstum von 4,6 % im Jahr hätte allein deshalb um 1-2 % niedriger angesetzt werden müssen. Ähnlich auch in Indonesien: Der Rückgang an fruchtbaren Äckern, Regenwäldern und Erdölreserven übersteigt dort die Höhe der Kapitalinvestition. Offiziell verzeichnet das Land Wachstumsraten, die weit über dem Schnitt in armen wie reichen Ländern liegen. Solche "optimierten Rechnungen" verschleiern tatsächliche Verluste (DWHH, 1990). Wirtschaftswachstum gemessen am BSP kann nicht länger Ziel der Wirtschaftspolitik sein, nirgendwo auf der Welt.

Neben den Mängeln des BSP-Konzepts und der Fixierung auf Wirtschaftswachstum exi-

stiert ein weiterer Problembereich, der Fehlwirtschaften wesentlich begünstigt. Es sind die irreführenden Marktpreise, die die Folgekosten unserer Wirtschaftsweise und die Begrenztheit der Ressourcen ausklammern. Der Gesellschaft werden vielfach falsche Signale oder gar widersinnige, umweltzerstörende Anreize gegeben. Gegen das Verursacherprinzip - ein nicht nur von Ökonomen viel beschworenes Prinzip - wird grundlegend verstoßen. So zahlt der Autofahrer nicht annähernd den Benzinpreis, der der Umweltbelastung durch das Auto gerecht würde. Der Liter Benzin müsste sonst je nach Berechnungsmethode zwischen 4 DM und 7 DM kosten. Ähnliches gilt für die immensen Kosten, die durch Luftverschmutzung verursacht werden (Krankheiten wie Pseudo-Krupp, Waldsterben etc.).

Die Umwelt- wie auch die Ressourcennutzung müssen mit verursachergerechten Preisen neu bewertet werden (Internalisierung externer Kosten), wenn nicht länger zum Nachteil der Allgemeinheit, der Natur und der Rohstoffproduzenten (Entwicklungsländer) gewirtschaftet werden soll. Eine ökologische Steuerreform könnte hier einiges bewirken.

Nicht zuletzt fördert auch der Staat mit falschen Anreizen, wie Subventionen, weltweit Naturzerstörung. Dies gilt z.B. für Straßenbau, Raumfahrt, Holzschlagkonzessionen, Energie- und Wasserversorgung (Staudämme), Pestizideinsatz, Umwandlung von Wäldern in Weiden usw. Generell bedürfen die staatlichen Einnahmen und Ausgaben einer ökologischen Bewertung.

2. Internationale Arbeitsteilung

Ob die internationale Arbeitsteilung zum Vorteil aller Beteiligten gerät, wie die Theorie darlegt, und heute vor allem von den erfolgreichen Exportnationen proklamiert wird, ist stark zu bezweifeln. Den Beweis erbringen die notleidenden Staaten des Südens. Der Anteil der EL am Welthandel beträgt rund 25 %, bei hochwertigen Industriegütern gar nur 3%. Die koloniale Vergangenheit hat diese Strukturen begünstigt. Der geringe Weltmarktanteil, sinkende Rohstoffpreise und Einfuhrhindernisse der Industrieländer verursachten 1990 ein Exporthandelsdefizit von rund 37 Mrd. DM. Eine Ausnahme bilden die ostasiatischen Schwellenländer, die einen deutlichen Ausfuhranstieg zu verzeichnen hatten.

Fazit:
Es ist notwendig, eine realitätsnahe Wohlstandsberechnung (revidierte BSP-Rechnung) einzuführen. Sie offenbart nicht nur die gesamtgesellschaftlichen Umweltkosten, sondern ist auch hilfreich bei der Neubestimmung einer Wirtschaftspolitik, die nicht auf Wirtschaftswachstum fixiert ist. Eine ökologische Steuerreform und die Abschaffung ökologisch schädlicher Subventionen sind weitere Grundvoraussetzungen einer umweltverträglichen Wirtschaftspolitik.

Die Mehrzahl der sogenannten Entwicklungsländer (EL) befindet sich heute in einem Teufelskreis, der sich ökonomisch und ökologisch katastrophal auswirkt:

Ein Merkmal der Exportstruktur der EL ist der hohe Primärgüteranteil (Nahrungsmittel, Rohstoffe, Brennstoffe), der bei annähernd 75 % liegt. Die meisten EL erreichen mit 1-3 Produkten einen Anteil von 75-98 % des Gesamtexportes. Diese einseitige Außenhandelsstruktur führt in der Regel zu Devisenknappheit, weil den kaum ausweibaren oder gar sinkenden Exporterlösen ein schnelles Wachstum von Importen gegenübersteht. Dies hat im wesentlichen zwei Gründe: Zum einen haben in den Industrieländern verbesserte Produktionsverfahren und die Entwicklung von Substituten zu einer rückläufigen Nachfrage nach vielen Rohstoffen (z.B. Kupfer aus Afrika) geführt. Der zweite Grund liegt in einer relativen Importabhängigkeit der EL. Investitionsgüter, chemische Produkte und Rohstoffe, wie Stahl und Öl, werden im Ausland gegen Devisen erworben. Diese Waren und Rohstoffe sind für die wirtschaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung und nicht ohne weiteres ersetzbar. So erklärt es sich, daß dieser Bereich in vielen Staaten des Südens stärker wächst als der Exportsektor. Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur negativen Handelsbilanz leisten aufgrund geänderter Verbrauchsgewohnheiten eingeführte Konsumgüter aus den nördlichen Ländern. Für die sich verschlechternde Außenhandelsituation vieler EL ist auch der Protektionismus der IL verantwortlich, er be(ver)hindert eine erfolgreiche Exportdiversifizierung der EL. Eine weitere Folge der einseitigen Außenhandelsstruktur ist die Verschlechterung der Terms of trade. Seit Jahren steigen die Einfuhrpreise aus der Perspektive des Südens

schneller als die Ausführpreise. Der Preisverfall bei Rohstoffen lag Dezember 1991 gegenüber dem Vorjahr bei 5-7 %. Die Kaffeepreise erreichten 1992 den niedrigsten Stand seit 20 Jahren, nachdem das Kaffeeabkommen 1991 scheiterte. Metalle notierten 1991 um 17,4 % niedriger als 1990 (Aktuell, 1992; E&F, 1991)

Weiterhin ist die Exportstruktur in vielen EL verantwortlich für instabile Ausführerlöse. Agrargüter und Rohstoffe unterliegen zum Teil erheblichen und kurzfristigen Preisschwankungen, die durch Witterung, Schädlinge, Seuchen, politische Ereignisse, Nachfrageschwankungen bei Importeuren u.a. ausgelöst werden können. Preisschwankungen von 10-50% im Jahresverlauf sind keine Seltenheit. Vor allem für Staaten, die nur über ein Exportprodukt verfügen, kann dies eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten. Die Einnahmeausfälle bei Steuern und Unternehmen können nur selten kompensiert werden und wirken durch Multiplikatoreffekte negativ auf andere Sektoren.

Insgesamt betrachtet entwickelt sich ein Kapitalmangel, respektive Kapitalbedarf, der nur über Auslandskredite gedeckt werden kann. Viele Entwicklungsländer sind so in eine Schuldenkrise geraten und müssen inzwischen einen wesentlichen oder gar überwiegenden Anteil ihrer Exporterlöse zur Schuldentilgung bereitstellen und oft weitere Kredite aufnehmen, um die Raten- und Zinszahlungen leisten zu können. An diesem Punkt schließt sich der Teufelskreis. Die betroffenen Staaten geraten verstärkt in eine Lage, in der nur noch die Armut wächst. Die Umweltzerstörung nimmt unter diesen Umständen weiter bedrohlich zu und erhält wegen der desolaten wirtschaftlichen Lage nicht die notwendige Aufmerksamkeit.

Fazit:

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bevortellen die industrialisierten Staaten. Die meisten EL befinden sich in einem Teufelskreis, in dem einseitige Exportstrukturen, nach unten schwankende Rohstoffpreise und steigender Kapitalmangel sich in einer Negativspirale auswirken. Umweltproblemen wird vor diesem Hintergrund nur vereinzelt Beachtung geschenkt.

IV. Die neue Richtung: Entwicklung statt Wachstum

1. Scheinlösung: Der Brundtland-Bericht

Wegen der schwerwiegenden Welt- und Entwicklungsprobleme beschloß die UN-Vollversammlung im Herbst 1983, eine unabhängige UN-Sonderkommission unter dem Vorsitz der damaligen norwegischen Umweltministerin und derzeitigen Ministerpräsidentin Gro Brundtland ins Leben zu rufen. Die Kommission, die sich aus 21 Staaten zusammensetzte (13 Entwicklungsländer, 8 Industrieländer), legte 1987 ihren Bericht "Unsere gemeinsame Zukunft" mit (einstimmigem!) Votum vor (Hauff, 1987). Der Bericht stellt fest, daß eine langfristig gesicherte Zukunft nur erreichbar sein wird, wenn der Norden und Süden sich gemeinsam den globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen stellen. Als Fazit verlangen die Autoren "sustainable development" - eine nachhaltige Entwicklung. Tragendes Element dieses Konzeptes ist ein dauerhaftes industrielles Wachstum in den Industrie- und Entwicklungsländern, das ökologisch und sozialverträglich sein soll. Wirtschaftswachstum wird nach Ansicht der Kommission auch und vor allem in den Industrienationen benötigt, da es als Initialzündung für eine aufholende Entwicklung des Südens gebraucht wird. Der Süden wiederum braucht Wirtschaftswachstum, um der wachsenden Armut Herr zu werden, die als Hauptursache für den Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen verantwortlich gemacht wird. Die von der Kommission avisierte dauerhafte Entwicklung, "die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können", steht allerdings im Widerspruch zu dem favorisierten Mittel Wirtschaftswachstum. Wachstum nach dem Muster der Brundtland-Kommission bedeutet eine Vervielfachung des Ressourcenverbrauchs. Wenn es Ziel ist, die Industrialisierung in den EL auf das heutige Niveau der IL zu bringen, dann wird sich der Verbrauch von fossilen Brennstoffen um das 10fache und der von Rohstoffen um das 200fache erhöhen (Weltbank, 1991). Dies ist ökologisch gesehen nicht realisierbar. Die Kommissionsmitglieder unterliegen der trügerischen Annahme, daß keine ernsthaften Grenzen für materielles Wachstum beste-

hen. Und dies, obwohl die Probleme richtig eingeschätzt wurden und die richtige Erkenntnis verbreitet wird, ein globaler und tiefgehender Bewußtseinswandel sei für den Erhalt der Erde vonnöten.

2. Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung

Auf den eigentlichen Kern stoßen eher Ökonomen wie Hermann Daly oder der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Trygve Haavelmo. Daly und auch Haavelmo vertreten die anschauliche These, daß wir inzwischen den Wendepunkt vom Wirtschaften in einer leeren Welt zum Wirtschaften in einer vollen Welt überschritten haben und stützen sich dabei auf die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse von Vitousek (Goodland u.a., 1992):

In einer relativ leeren Welt stehen dem Menschen alle Ressourcen ausreichend zur Verfügung. So war es bis vor kurzem. Andauerndes Wachstum führte jedoch dazu, daß die Verdoppelungsraten sowohl beim Bevölkerungswachstum wie auch beim Ressourcenverbrauch inzwischen bei 35 Jahren liegen. Wenn nun - wie Vitousek und seine Kollegen schätzen - heute 40 Prozent der jährlichen Nettoprimärproduktion (Nettoprimärproduktion ist die von Grünpflanzen durch Photosynthese gebundene Sonnenenergie abzüglich der Energiemenge, die von den Pflanzen selbst verbraucht wird) der landlebenden Pflanzen unserer Erde unmittelbar zur Deckung menschlicher Bedürfnisse herangezogen werden oder durch menschliche Aktivitäten verbraucht oder zerstört werden, dann bliebe für die Millionen anderer landlebender Arten, mit denen der Mensch die Erde teilt, nur 60 Prozent übrig. Dies ist im wesentlichen die gesamte Nahrungsreserve unseres Planeten - die biochemische Energie, von der alle anderen Formen tierischen Lebens, vom Regenwurm bis zum Menschen, abhängen. Die gesamte Menschheitsgeschichte verging, bis dieses kritische Stadium erreicht wurde. Bei den gegenwärtigen Wachstumsraten von Bevölkerung und Konsum wird wahrscheinlich bis zum Jahre 2030 eine Verdoppelung auf 80 Prozent erfolgen. Auf dem Weg dahin werden viele natürliche Systeme vernichtet werden, weil die Menschen einen immer

größeren Teil der lebenserhaltenden Energie für sich beanspruchen. Wann nun genau die existentielle Schwelle unwiderruflich überschritten wird, kann niemand genau vorhersagen.

Das Dramatische ist, daß dieser Wandel sich schneller abspielt als die Reform unserer grundlegenden Wirtschaftsmodelle. Immer noch nimmt dort das Kapital eine zentrale Rolle ein und wird als Voraussetzung für jede Entwicklung gesehen. Dies zeigt beispielhaft die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa.

Aller Voraussicht nach haben wir jedoch die Ära hinter uns gelassen, in der das Kapital der begrenzende Faktor der Wirtschaftsentwicklung gewesen ist. Heute ist das noch verbliebene "natürliche" Kapital der begrenzende Faktor. Das heißt, daß die Wirtschaftspolitik in Zukunft prioritär die Produktivität des natürlichen Kapitals erhöhen sollte, statt der Produktivität des monetären Kapitals und seiner Anhäufung. Wir stehen also vor keiner geringeren Aufgabe, als den Vorrat an natürlichen Ressourcen zu erhalten, den Wald, der das Holz liefert, die Gas- und Ölvorkommen, die Energie liefern, die Meeresfischbestände, die die Netze der Fischer füllen. Ohne Wald brauchen wir keine Sägewerke (Kapital), ohne Erdöl keine Raffinerien (Kapital), ohne Fischbestände keine Fischerboote (Kapital). In der leeren Welt gelten die natürlichen Ressourcen als freie Güter. In der Ära der vollen Welt sind sie hingegen äußerst knapp und damit überlebensnotwendig. Deswegen brauchen wir eine tragfähige, eine dauerhafte Entwicklung statt quantitativem Wachstum.

Welche Konsequenzen sind aus der These einer vollen Welt zu ziehen?

Aus ökonomischer Sicht müssen sich die Preise für die zunehmend knapper werdenden Ressourcen ändern. Die Rohstoffe müssen entsprechend ihrer langfristigen Endlichkeit teurer werden. Dies hat schon der bekannte Ökonom Harold Hotelling 1931 ökonomisch begründet. Soweit Eigentümer für das natürliche Kapital vorhanden sind, ließen sich höhere Preise auch vorstellen. Bei nicht-vermarktbareren Ressourcen wie Ozonschicht, Atmosphäre, Wasserkreislauf ist eine übermäßige Ausbeutung nur indirekt zu verhindern, indem z.B. eine Energiesteuer eingeführt wird, die sich an definierten Nutzungsgrenzen orientiert (vgl. dazu BUNDargumente "Umwelt(-)Steuern", 1990).

Weiterhin müssen Investitionen zur Anreicherung der Bestände und Effizienzsteigerung bei den natürlichen Ressourcen erfolgen. Dies heißt konkret, statt weiterhin überwiegend in den Abbau von Ressourcen zu investieren (wie in Sägewerke, Raffinerien, Fischfangflotten) müßten die Investitionen verstärkt in Wiederaufforstung,

regenerative Energien, Energiespartechiken, Fischzucht getätigt werden. Gleichzeitig müssen die Abbauratens gesenkt werden.

Wie an anderer Stelle erwähnt, ist der Lebensstandard des Nordens auf den Süden nicht übertragbar - die Erde verfügt weder über die entsprechenden Ressourcen noch über die dafür notwendigen Schadstoffsenken. Armut mit reiner Wachstumspolitik überwinden zu wollen erscheint nach diesem Erkenntnisstand kein Erfolgsrezept. Umverteilung des materiellen Wohlstands und Reduzierung des Bevölkerungswachstums sind vielversprechender und damit die vornehmlichen Aufgaben der Zukunft.

Eine zukunftsfähige Entwicklung erfordert, daß die Wohlhabenden dieser Welt umweltverträglich leben. Der Norden muß deswegen seinen Ressourcenverbrauch erheblich senken und an globalen Umverteilungsmodellen arbeiten. Eine Effizienzrevolution im Norden allein ist allerdings nicht ausreichend, einen generalisierungsfähigen Wohlstand in Aussicht zu stellen. Es stellt sich die Frage nach einem umwelt- und sozialverträglichen Lebensstil im Weltmaßstab. Eine radikale Abkehr vom bisherigen verschwenderischen Luxusleben ist zwingend notwendig. Es fällt dabei schwer, von der eingängigen Optimismusstrategie der Brundtland-Kommission Abstand zu nehmen, nach der eine dauerhafte Wohlstandssteigerung bei gleichzeitiger Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen möglich erscheint. Noch ist die Einsicht für eine Wende kaum vorhanden. Hier ergibt sich für alle "aufgeklärten" gesellschaftlichen Gruppen eine Riesenaufgabe und neue Bündnisse werden notwendig.

Im Süden müssen sich die Bemühungen auf eine von vornherein umweltfreundliche und sozialverträgliche Wirtschaftspolitik richten und auf eine Verringerung des Bevölkerungswachstums - ebenfalls Mammutaufgaben.

Wenn wir uns für eine umweltverträgliche Entwicklung entscheiden, dann bleiben substantielle Veränderungen in der Politik nicht aus und wir müssen uns auf neue Prioritäten einstellen. Dies ist mit hohen Kosten verbunden. Unbezahlbar wird es jedoch, wenn wir uns dieser Aufgabe entziehen.

Fazit:
Der Ausweg "sustainable growth", nachhaltiges Wachstum, in der Form wie ihn die Brundtland-Kommission anbietet, existiert nicht. Der Lebensstil des Nordens ist nicht globalisierbar, die Erde verfügt weder über die dafür notwendigen Ressourcen, noch über die entsprechenden Schadstoffaufnahme-kapazitäten. Umverteilung des materiellen Wohlstands und Reduzierung des Bevölkerungswachstums sind zentrale Aufgaben von Norden und Süden.

V. Weltwirtschaft und umweltverträgliche Entwicklung

Notwendige Voraussetzungen für die Einleitung einer globalen nachhaltigen Entwicklung sind die Ökologisierung des Welthandels, die Lösung der Schuldenkrise und die Stabilisierung der Rohstoffpreise. Hier bestehen grundlegende Ungleichgewichte, die zuallererst ausgeräumt werden müssen.

1. Ökologisierung des Welthandels

Bestandsaufnahme

Der internationale Warenhandel hatte 1990 ein Volumen von über 3.100 Mrd US\$. Der Handel mit Dienstleistungen umfaßte etwa 800 Mrd US\$, so daß der Gesamthandel bei knapp 4 Billionen US\$ liegt. Der Anteil der EL am Welthandel lag 1980 noch bei rund 30 %, im Jahr 1988 nur noch bei 22 %. Der Anteil der ärmsten EL ist in diesem Zeitraum um ein Viertel auf 0,3 % gesunken (SEF, 1991). Wenn der Anteil der Schwellenländer Hongkong, Südkorea, Taiwan, Brasilien und Mexiko herausgerechnet wird - er beträgt knapp 50 % - dann kristallisiert sich die Bedeutungslosigkeit der EL am Welthandel kraß heraus. Insbesondere wird auch die Abhängigkeit der EL vom Handel mit den IL deutlich, denn der Süd-Süd-Handel hat nur einen Anteil von 25 % am Handel des Südens.

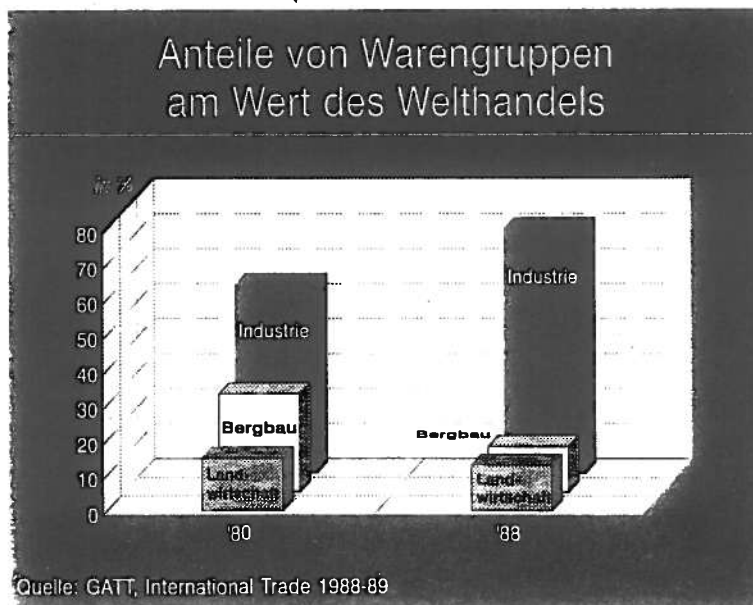
Die westlichen IL bauten stetig ihre dominierende Position aus. Etwa 70 % der weltweit exportierten Waren stammen aus OECD-Staaten. Die östlichen IL verfügten

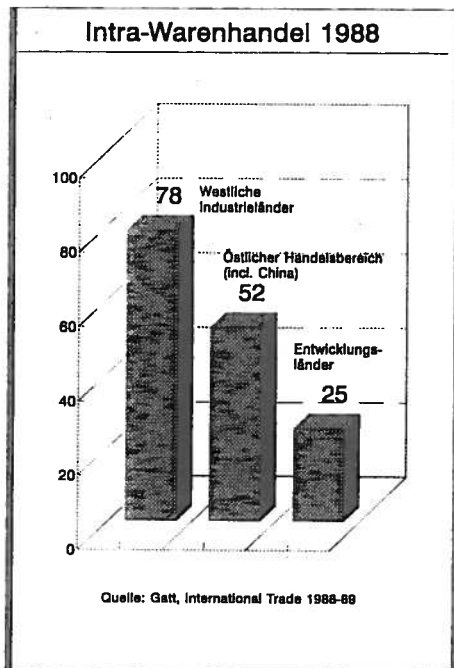
Ende der achtziger Jahre über ein Welt-handelsanteil von 8 %. Im direkten Vergleich dazu zeigt sich die wirtschaftliche Potenz der BRD, die 1988 einen Welt-handelsanteil von 11 % erreichte (SEF, 1991).

Problematisierung

Die Vorteile des Handels können nur diejenigen Staaten nutzen, die über einen freien Zutritt vor allem zu den Märkten der IL verfügen. Der Protektionismus nimmt aber weltweit zu. Etwa 10 % des Welthandels sind von Exportselbstbeschränkungsabkommen betroffen. Etwa 270 Abkommen dieser Art existierten Ende der achtziger Jahre, von denen die EG auf der Importseite 138 eingeführt hat. 65 Abkommen davon richteten sich gegen EL, 29 gegen östliche IL und 50 gegen westliche IL (SEF, 1991). Laut Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verlieren die Entwicklungsländer durch die Abschottungspolitik der Industrieländer jährlich mindestens 100 Mrd. US\$, annähernd doppelt so viel wie ihnen die OECD-Staaten 1991 mit 58 Mrd. US\$ Entwicklungshilfe zur Verfügung stellten (KfW 1992, Aktuell 1992).

Gegenwärtig bilden sich weltweit Handelsregionen, weil ein geschützter Großbinnenmarkt mehr Vorteile verspricht als weltweiter Freihandel (Regionalismus). Die USA, nachdem sie als ehemaliger "Export-Weltmeister" gravierend an Bedeutung verloren hat, gründet zusammen mit Mexiko und Kanada die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA. Die EG verwirklichte den "Gemeinsamen Binnenmarkt", und in Ostasien wird in naher Zukunft mit verstärkten Integrationsbemühungen zu rechnen sein. Es entsteht ein tripolares Welthandelssystem zum Nachteil aller Staaten, die nicht einbezogen sind, denn es steht zu befürchten, daß die Handelsblöcke sich nach außen mit protektionistischen Maßnahmen abschotten. Aber nicht nur aus ökonomischer Sicht bereitet der Handel Probleme, sondern auch aus ökologischer Perspektive. Das wachsende Volumen des internationalen Handels führt beispielsweise zu einem steigenden Transportaufkommen und damit zu vermehrter Luftbelastung. Der Handel mit seltenen Rohstoffen, mit Tropenholz, mit bedrohten Tierarten, Wildtieren, Fischen und mit vie-





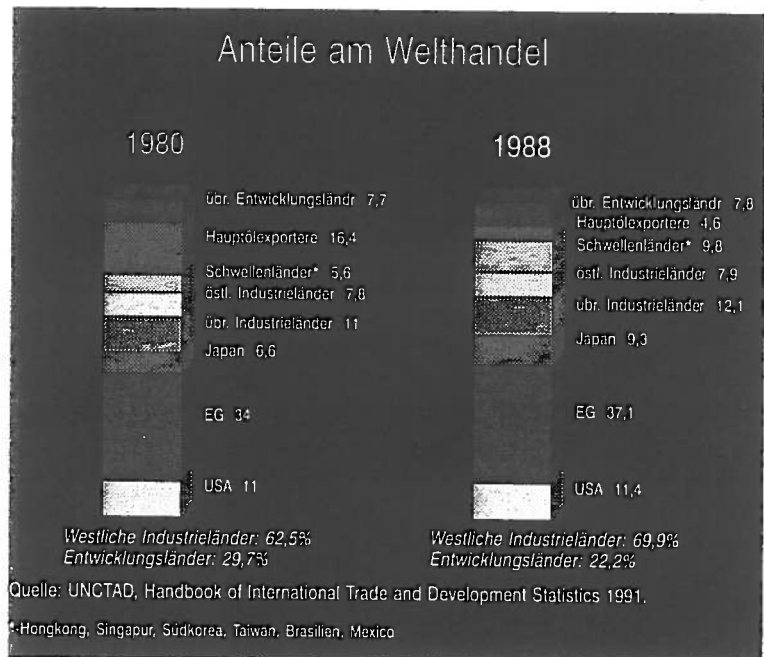
len anderen Natur- und Agrarprodukten kann zur Übernutzung der jeweiligen Ressourcen beitragen.

Freihandel und nachhaltige Entwicklung stehen im Widerspruch zueinander, wenn ein Land auf nationaler Ebene eine Internalisierung externer Umweltkosten vornimmt, also die Umweltkosten bei der Preisbildung berücksichtigt werden sollen. Die daraus resultierenden höheren Preise führen zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber Staaten, die dieses Ziel nicht verfolgen. Die nun vergleichsweise günstigeren Importprodukte könnten die nationale Umweltstrategie konterkarrieren. Verhindern ließe sich dies nur mit der Erhebung von Zöllen oder der Einführung von Importrestriktionen. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich nicht um klassischen Protektionismus zum Schutz einer ineffizienten Industrie, sondern um den Schutz einer effizienten Umweltschutzpolitik. Dies rechtfertigt handelsbeschränkende Maßnahmen. Oder sollen im Namen des Freihandels nationale Errungenschaften wie hohe Umwelt- und Gesundheitsstandards, adäquate Löhne und Arbeitsbedingungen wie die 37,5 Stundenwoche, ein umfassendes soziales Netz u.a.m. auf ein wettbewerbsadäquates Weltdurchschnittsniveau "herunterkonkurriert" werden?

Der Freihandel wird gerade im GATT-Umfeld zum Dogma erhoben, mit nachhaltiger Entwicklung gleichgesetzt und eine positive Entwicklungsspirale erwartet. Danach fördert Handel Wachstum, Wachstum führt zu mehr Umweltschutz (weil er finanzierbar

wird), Umweltschutz regt wiederum Wachstum an und damit verstärkten Handel, der zu mehr Wachstum führt usw. Dahinter verbirgt sich im grünen Gewande jene Wachstumsphilosophie, die uns die heutigen Probleme beschert hat. Die Diskussion um eine nachhaltige Entwicklung ist an dieser Position spurlos vorbeigegangen.

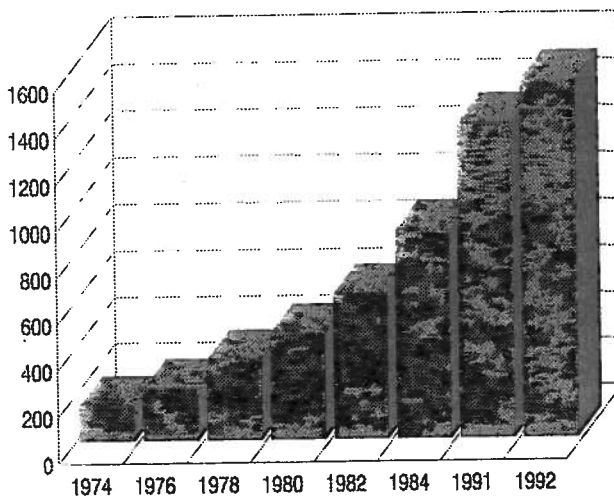
Dennoch: Das Bewußtsein für die Problematik wächst und die Entwicklung eines Reglements, das den Konfliktbereich Umwelt und Handel verantwortlich regelt, wird nicht nur von Umweltschützern verlangt, sondern seit neuestem auch von einigen EFTA-Staaten. Der Adressat ist das GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen.



Die Rolle von GATT

Die Spielregeln des internationalen Handels sind in zahlreichen bi- und multilateralen Abkommen festgeschrieben, von denen das GATT ohne Frage das bedeutendste ist. Es reguliert über 90 % des Handels von inzwischen mehr als 100 Ländern. Ziel des Abkommens ist es, den internationalen Handel von allen nur denkbaren Beschränkungen zu befreien, um zum Vorteil aller Beteiligten einen möglichst freien Fluß von Waren zu gewährleisten. In zum Teil langwierigen Verhandlungsrunden wird über den Abbau der Handelsbeschränkungen verhandelt. Seit September 1986 wird in der derzeit laufenden 8. Verhandlungsrunde, der Uruguay-Runde, über einen weiteren Abbau von Handelsbeschränkungen diskutiert.

Auslandverschuldung der Entwicklungsländer



Quelle: Weltbank/OECD

Fazit:
GATT bietet bislang in keinerlei Weise ausreichende Möglichkeiten, einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung Rechnung zu tragen. Viele notwendige Umweltschutzmaßnahmen sind mit den existierenden GATT-Regeln nicht in Einklang zu bringen. GATT erkennt z.B. nicht das Verursacherprinzip an. Eine ökologisch-orientierte Preispolitik (Umweltsteuern) wäre nicht GATT-konform und könnte mit Öko-Dumping-Strategien unterlaufen werden. Deswegen muß die nächste GATT-Runde eine sog. Grüne Runde werden, die sich ganz dem Umweltthema widmet.

Überlegungen, wie die Erfordernisse des Umweltschutzes im GATT-Regelwerk berücksichtigt werden könnten, wurden bislang allerdings kaum angestellt.

Der Artikel XX, einziger Bezug des GATT-Reglements zur Umwelt, ist keine wirkliche Umweltschutzklausel. GATT bietet keinerlei Möglichkeiten, die Notwendigkeit und Legitimität von handelsbeschränkenden Maßnahmen für Umweltschutzzwecke zu beurteilen. Die GATT-Schiedsgerichte haben bei umweltpolitischen Konfliktfällen wegen der einseitigen GATT-Artikel immer zugunsten des freien Güterausbaus entschieden. Ein bekannter Fall ist das **Thunfisch-Delphin-Urteil**. Anlaß war, daß die USA einen Importboykott gegen mexikanische Thunfisch verhängten. Begründet wurde die Maßnahme mit der mexikanischen Fangmethode, bei der viele Delphine - die die Thunfischschwärme begleiten - sinnlos sterben. Das GATT-Schiedsgericht gab Mexiko recht. Unter anderem lautete die Begründung: Importe dürfen wegen der angewandten Produktionsmethode nicht beeinträchtigt werden und kein Land hat das Recht, durch einseitige Handelsmaßnahmen die Umwelt außerhalb seines Hoheitsgebietes zu schützen.

Viele internationale Umweltkonventionen, die handelsbeschränkende Sanktionsmaßnahmen kennen, könnten jederzeit von GATT zu Fall gebracht werden.

Im Februar 1992 legte das GATT-Sekretariat eine Studie zum Konfliktfeld "Handel und Umwelt" aus seiner Sicht vor. In dieser

Stellungnahme, die als Beitrag zur UNCED-Konferenz in Rio verstanden worden war, wiederholte GATT die konventionelle Sichtweise, wonach wirtschaftliches Wachstum durch mehr Freihandel die beste Voraussetzung für verbesserte Umweltschutzinvestitionen sei. GATT verurteilt darin Versuche, national hohe Umweltstandards durch Importmaßnahmen zu schützen und durch unilaterale Maßnahmen im Handelsbereich anderen Ländern eigene Umweltschutzmaßstäbe aufzuerlegen. Fortschritt im internationalen Umweltschutz darf nach dieser Stellungnahme nur durch multilaterale Verhandlungen erzielt werden.

2. Lösung der Schuldenkrise

Situation

Im August 1982 geriet die internationale Finanzwelt in Aufregung, denn Mexiko hatte seine Zahlungsunfähigkeit erklärt. Mexiko sei weder in der Lage die Tilgungsraten zu bezahlen, noch die Zinsen für die sich auf 86 Mrd. US\$ belaufenden Auslandsschulden, so die damalige Erklärung. Bald danach meldeten auch Argentinien, Brasilien, Chile, Polen u.a. ihre Zahlungsunfähigkeit. Ohne Zweifel gehört die Verschuldung in vielen EL auch heute noch zum größten Entwicklungshemmnis. So werden die Rohstoffreserven der EL beispielsweise nicht zur eigenen Entwicklung, sondern zur Deckung ihrer Schuldentilgungen eingesetzt.

Die Schulden der Dritten Welt beliefen sich 1992 auf 1.530 Mrd. US\$. Schon seit 1984 liegt zwischen EL und IL ein negativer Nettokapitaltransfer vor, d.h. die EL zahlen mehr Kapital zurück als ihnen aus dem Norden zufließt. Betrag der Negativbetrag 1984 noch 9,9 Mrd. US\$, so lag er 1988 schon bei 37,6 Mrd. US\$ (SEF, 1991).

Das Wachstum des Bruttosozialprodukts in den EL ist seit geraumer Zeit rückläufig und liegt derzeit bei ca. 3-4 % jährlich. Auch das Wachstum der Investitionen, die zwischen 1965 und 1980 noch jährlich bei ca. 8,5 % lag, nahm ab und liegt seit 1981 bei durchschnittlichen 2,2 %. Insgesamt betrachtet ergibt sich ein eindeutig negatives Bild von der Leistungs- und Zahlungsfähigkeit der EL und damit ihrer Entwicklungschancen. Die Schuldensituation stellt sich in der Dritten Welt allerdings in absoluten und relativen Werten sehr unterschiedlich dar. Nur mäßig verschuldet mit rund 140 Mrd. US\$ erscheint Afrika. Das Gegenteil gilt mit rund 430 Mrd. US\$ für Lateinamerika.

Im Mittelfeld liegt Ostasien mit rund 210 Mrd. US\$ Auslandsschulden. Mehr Aufschluß über die tatsächliche Schuldenbelastung vermitteln die zwei nachfolgenden Kennzahlen. Zum einen das **Schuldendienst-Verhältnis**, das die Relation von Schuldendienst zu Exporterlösen wiedergibt. Die Relation betrug 1992 für Afrika 31%, für Lateinamerika 35 % und für Ostasien 19,5 %. Eine Schuldendienstquote oberhalb von 20 % gilt als kritisch, weil die abfließenden Mittel im Inland fehlen. Der **Schuldenkoeffizient**, der das Verhältnis der Gesamtschuld zum BSP widerspiegelt, zeigt besonders für Afrika, daß die Verschuldung

weit bedrohlichere Ausmaße angenommen hat, als die absoluten Zahlen vermuten lassen. In Relation zum Bruttosozialprodukt beträgt die Verschuldung 99,5 % und ist damit eine in jeder Hinsicht untragbare Hypothek. Lateinamerika verfügt in absoluten Zahlen zwar über die höchste Verschuldung, die Relation zum Bruttosozialprodukt ist mit 48,9 % aber wesentlich günstiger als für Afrika. Nur in Südostasien ist die Auslandsverschuldung im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt (27,4 %) und den Exporten (19,5 %) vergleichsweise noch tragbar (Weltbank, SEF, 1991).

*Folgende Vorschläge könnten zu einer Entschärfung des Konfliktes
Umwelt und Handel beitragen:*

1. GATT muß seine zurückhaltende Haltung gegenüber globalen Umweltkonventionen aufgeben. GATT muß internationale Umweltabkommen, die von einer bestimmten Anzahl ihrer Mitglieder ratifiziert worden sind, anerkennen, auch wenn handelspolitische Instrumente zur Anwendung kommen, die nicht GATT-konform sind.
2. In die GATT-Satzung muß explizit das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung aufgenommen werden.
3. GATT muß sich umweltpolitische Arbeitsinstrumente und Strukturen geben. Dazu gehören z.B. Konsultationsmechanismen mit NROs, Umweltexpertise, Umweltausschuß etc.
4. Die GATT-internen Schiedsgerichtsverfahren müssen im Konfliktfall zwischen Umwelt und Freihandel eine wirkliche Güterabwägung zulassen.
5. Für den Fall, daß eine Multilateral Trade Organisation (MTO) gegründet wird, muß per Satzung diese Organisation zu Kooperation mit anderen UNO-Unter- und Sonderorganisationen angehalten werden, die wichtige multilaterale Konventionen betreuen, die für den Handel relevant sind, z.B. ILO, WHO, UNEP.
6. Globale Umweltabkommen müssen aus Umweltschutzgründen technische Mindeststandards enthalten. Dabei müssen armen Ländern hinreichende Übergangsfristen, bevorzugter Technologietransfer und spezielle Hilfen eingeräumt werden, um die Mindeststandards erfüllen zu können.
7. Gegen Nichtunterzeichner eines derartigen Abkommens sollten handelsbeschränkende Strafmaßnahmen zulässig sein.
8. GATT muß sich zum Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip und Vermeidungsprinzip bekennen. Einer Internalisierung externer Kosten, etwa durch Umweltsteuern, dürfen die GATT-Regeln nicht länger entgegenstehen.
9. Ökologisches Dumping muß verboten werden. GATT-Mitglieder müssen unter Einhaltung bestimmter Bedingungen und Verfahrensregeln das Recht bekommen, durch Handelshemmnisse verschiedener Art als Anti-Öko-Dumping-Maßnahme ihre Umwelt, Landwirtschaft und Naturgüter schützen zu können.
10. Der Handel mit gefährlichen Gütern und Stoffen, ihr Export aus Ländern, in denen sie verboten oder stark eingeschränkt sind sowie die Zulassungsverfahren bedürfen einer internationalen Regelung und dürfen nicht dem Freihandelsprinzip unterliegen. Dabei muß aber gelten, daß alle global festgelegten Standards lediglich Minimalstandards sind, d.h., daß Länder selbständig strengere Umweltmaßstäbe anlegen können.

Die Perspektiven

Bis heute liegt kein praktikables und ursachengerechtes Lösungskonzept vor. Der Baker-Plan (zusätzliche Kredite, um Wachstum zu finanzieren) und die Brady-Initiative (statt "fresh money" Schuldenerleichterungen, Volumen 30 Mrd. US \$) haben substantiell nichts gebracht. Dies gilt auch für alle Swap-Varianten in diesem Rahmen einschließlich der, vom BUND schon von Beginn an abgelehnten Debt for Nature-Swaps (vergl. dazu BUNDargumente "Umweltzerstörung in der Dritten Welt", 1990), soweit sie von Umweltverbänden getragen werden.

Bewirkt haben auch alle mehr oder weniger gut begründeten Vorschläge aus dem Norden (Kirchen: illegitime Schulden, Herrhausen-Plan: Schuldenstreichung und Zahlungserleichterungen) und Süden (Castros Schuldnerstreik, die Forderungen der Cartagena-Gruppe) nichts. Die Schuldenkrise läßt sich nur noch auf dem Verhandlungsweg und politisch lösen. Die Bedeutung öffentlicher gegenüber privaten Gläubigern ist gestiegen - die afrikanischen Schulden bestehen z.B. zu 64 % gegenüber staatlichen Gläubigern - so daß eine Bewältigung der Schuldenkrise auch im Rahmen der Entwicklungspolitik denkbar wäre.

Die Schuldenkrise hat im Norden an Brisanz verloren. Die Banken haben sich nach umfangreichen Wertberichtigungen mit dem Status quo arrangiert. Auch auf der politischen Seite, wie zuletzt der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio 1993 zeigte, wird die Schuldenkrise allenfalls nebenher behandelt. Ein gewisser äußerer Druck erscheint

vor diesem Hintergrund notwendig, damit der Norden sich zu substantiellen Verhandlungen bereit erklärt. Die Gründung eines Schuldnerforums könnte den Weg ebnen. **Statt jedoch nur über die Höhe oder die Bedingungen eines Schuldennachlasses zu verhandeln, müßte die Schuldenkrise prinzipiell zum Anlaß genommen werden, die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu hinterfragen (internationaler Handel, Terms of Trade, staatliche Globalsteuerung) und gesellschaftliche und politische Reformen (Einkommensverteilung, Demokratie, Menschenrechte, Landbesitzreform) in Angriff zu nehmen.** Es müßte eine Gesamtstrategie formuliert werden, die den EL eine umwelt- und sozialverträgliche wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Nur eine Änderung der Rahmenbedingungen kann weitere Krisen dauerhaft verhindern. Vor diesem Hintergrund greifen alle bisher praktizierten Lösungsversuche zu kurz.

Pauschale Schuldensstreichung - kein Ausweg

Auch die weitergehende Forderung nach einem pauschalen und globalen Schuldenerlaß bietet keinen wirklichen Ausweg. Dieser Weg scheint auf einfachste Weise das Verschuldungsproblem zu lösen. Komplizierten und komplexen Sachverhalten ist aber selten mit einfachen Rezepten beizukommen. Es ist sehr fraglich, ob ein pauschaler Schuldenerlaß realistisch und wünschenswert ist und ob sich die damit verbundenen Hoffnungen erfüllen lassen.

Auslandverschuldung und Schuldendienst in ausgewählten Regionen (in Milliarden US-Dollar)				
	Schuldenstand	Schuldendienst	Schuldenkoeffizient* in %	Schuldendienstverhältnis** in %
Afrika				
1982	70,25	7,43	37,4	19,3
1985	96,20	12,35	53,7	30,8
1988	139,62	10,51	99,5	27,2
Lateinamerika				
1982	333,49	59,04	46,9	47,6
1985	389,41	53,92	60,2	42,7
1988	427,46	55,67	48,9	40,5
Ostasien				
1982	124,76	19,57	23,5	18,0
1985	168,62	30,37	30,3	25,1
1988	206,10	36,96	27,4	19,5
* - Gesamtschuld/BSP; ** - Schuldendienst/Exportserlöse				
Quelle: Weltbank, World Debt Tables 1989-90				

Zunächst scheint es wenig wahrscheinlich, daß alle Gläubiger derart selbstlos handeln werden. Nicht einmal für die ärmsten EL konnten sich die Gläubiger auf diesen Weg einigen. Gleichzeitig hilft dieser Weg sicherlich den Opfern der Schuldenkrise, der jeweiligen Bevölkerung und der Natur, am wenigsten. Wohl aber den Despoten und Eliten in den EL, die ihre wenig segensreiche Politik danach fortsetzen können. Es werden zudem jene Staaten brüskiert und ungerecht behandelt, die bis heute unter schwersten Bedingungen ihre Schulden begleichen oder lange Jahre eine Politik der Ausgabenbeschränkung durchgezogen haben. Zudem sinkt nach Überzeugung vieler Fachleute die - dringend benötigte - Kreditwürdigkeit der EL im Falle einer pauschalen Schuldentstreichung auf den Nullpunkt und die Kapitalflucht, ohnehin schon schwere Bürde der EL, würde gleichzeitig erheblich ansteigen. Aus diesen Gründen wenden sich die meisten Schuldnerstaaten gegen das Mittel Schuldendienstverweigerung und bevorzugen den Weg der Schuldenregulierung (Projektstelle UNCED, 1992)

Eine Schuldentstreichung rührt nicht an den externen und internen Ursachen der Schuldenkrise, wie z.B. ungerechter Handel, verfehlte Wirtschaftspolitiken, sondern beseitigt nur ein Symptom. Weitere Krisen sind so vorprogrammiert. Die Freedom from Debt Coalition aus den Philipinen weist ausdrücklich darauf hin, daß eine Schuldentstreichung sich nicht automatisch positiv auf die philippinische Umweltpolitik auswirken würde. Eine Untersuchung von Madden von 1990 über den Zusammenhang von Verschuldung und Abholzung hat ergeben, daß eine eindeutige Verbindung von Entschuldung und Umwelterhalt nicht gegeben sei (WEED, 4/92).

Eine Lösungsvariante

Keine Frage, die Schuldenkrise muß schleunigst gelöst werden, damit Entwicklung stattfinden kann - aber nicht wiederum zu Lasten von Mensch und Natur. Eine weitere Vorbedingung ist, daß sich die Entschuldungskonzepte an der längerfristigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften des Südens orientieren und damit von einem realistischen Schuldendienst ausgehen müssen.

Ein kompromißfähiges Entschuldungskonzept könnte so aussehen:

1. Zunächst ist eine erhebliche Schuldentstreichung als Grundentlastung erforderlich. Die Gläubiger sollten den ärmsten

Schuldnerstaaten alle Schulden erlassen. Dies wird zumindest von Regierungen im Norden schon praktiziert und dürfte kein größeres Hindernis darstellen. So hat der Pariser Club, Verhandlungsgremium der Gläubiger- und Schuldnerstaaten, 1991 beschlossen, den ärmsten EL nunmehr 50 % Schuldendienstes zu erlassen.

Für weniger arme Nationen ist eine endgültige Teilstreichung unerlässlich. Damit jedoch eine Wiederholung dieser Situation vermieden wird, sind ordnungspolitische Reformen wie Bekämpfung der Korruption und der Kapitalflucht unabdingbar. Als Orientierung für eine Schuldentstreichung bieten sich tragbare Relationen von Schuldendienst zu Exporterlösen an: Weiterhin verzichten die Geschäftsbanken auf jene Forderungen, für die Wertberichtigungen vorgenommen worden sind. Die deutschen Banken haben zum Beispiel schon 60 % ihrer Forderungen wertberichtigt, allen voran die Deutsche Bank mit 84 %.

2. Die Restschulden werden in einheimische Währung gewandelt und fließen über einen längeren Zeitraum - zur Verhinderung von Inflation - in einen nationalen Entwicklungsfonds, der armuts- und umweltorientierte Vorhaben finanziert. Idealerweise wird dieser Fonds von demokratisch legitimierten und von gesellschaftlich relevanten Gruppen mitverwaltet.

Eine andere Variante wäre: Entwicklungshilfegelder und gegebenenfalls weitere Mittel werden für den Kauf von Bankforderungen auf dem Sekundärmarkt (Schuldenmarkt mit Abschlägen zwischen ca. 30 % und 90 %) eingesetzt und gegen umwelt- oder armutsorientierte Investitionen getauscht, die aus dem o.g. Fonds des EL getätigt werden.

3. Die EL erhalten begleitend weitere Finanzmittel für ihre Entwicklung.

Der Norden steht ökologisch eindeutig in der Schuld des Südens - er ist maßgeblich für das Ozonloch und den Treibhauseffekt verantwortlich - und kann auf diese Weise seinen fälligen Entschädigungsbeitrag leisten. Der Süden - nicht frei von jeder Verantwortung für seine Schulden - kann die Mittel aus dem Fonds für eine umweltverträgliche Entwicklung einsetzen. Die Auflage, demokratische Kräfte an der Fondsverwendung zu beteiligen, stellt sicher, daß das Geld die Zielgruppen auch erreicht und eine sozial gerechtere und umweltverträglichere Wirtschaftspolitik eine Chance erhält.

Fazit:
Die Überschuldung vieler EL verhindert ihre Entwicklung und fördert Umweltzerstörung. Die Situation erfordert in vielen Fällen eine Schuldenstreichung (ärmste EL) und/oder eine Wandlung der Verbindlichkeiten in inländische Währung und die Verwendung der Mittel für Umweltschutz Investitionen. Wahrscheinlich ist ein Schuldentausch zu annehmbaren Bedingungen für beide Seiten eine der wenigen realistischen Möglichkeiten, die Schuldenkrise kurzfristig zu beenden.

Die Konditionalisierung kann nicht als ein Ausnutzen der ausweglosen Lage der EL gesehen werden, sondern ist ein nüchterner Tausch von Schulden gegen Umweltschutz. Schließlich sind mehr oder weniger alle Entwicklungshilfegelder an Bedingungen geknüpft, z.B. an den Bau einer Straße, oder die Errichtung eines Krankenhauses. Die Verknüpfung liegt im Interesse von Gläubigern und Schuldnern. Die Schuldnerländer können den Teufelskreis von ökologischem Raubbau und Devisenbeschaffung durchbrechen - der Verzicht auf Regenwaldabholzung oder intensivste Rohstoffausbeutung wird z.B. mit Schuldenerlaß kompensiert. Für den Norden - dies gilt sowohl für die Regierungen wie auch für die Banken - liegt der Naturerhalt (z.B. Regenwälder) im eigenen Interesse. Für diejenigen Geschäftsbanken, die ohnehin den größten Teil der uneinbringlichen Außenstände zu Lasten der Steuerzahler wertberichtigt haben, macht der Tausch ohnehin Sinn.

Es ist in diesem Kontext vielleicht gar nicht so überraschend, daß von Oppositionskreisen z.B. vieler afrikanischer Staaten die generelle Koppelung von Entwicklungshilfe mit weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Reformen verlangt wird.

3. Angemessene Rohstoffpreise

Eines der Kernanliegen des Südens im Rahmen seiner Forderungen zur Neuordnung der Weltwirtschaft seit 1972 waren gerechte und stabile Rohstoffpreise. Zu diesem Zweck sollten internationale Rohstoffabkommen abgeschlossen werden. Eine der favorisierten Ideen war das Integrierte Rohstoffprogramm, das 18 Rohstoffe aufnehmen und über Marktausgleichslager (Bufferstocks) die Preise in einer bestimmten Bandbreite halten sollte. Weiterhin wurde über Exportquoten und multilaterale Liefer- und Abnahmeverpflichtungen verhandelt, alles mit dem Ziel einer Stabilisierung der Roh-

stoffpreise. Keiner der Vorschläge wurde in großem Umfang realisiert. Als relativ erfolgreich in den 70er und Anfang der 80er Jahre werden die Rohstoffabkommen für Kaffee und Kakao eingeschätzt.

Die Wohlfahrtseffekte bzw. die Wirkung von Rohstoffabkommen auf das Niveau und die Stabilität der Preise sind schwer zu beurteilen. Je nachdem, ob z.B. eine angebots- oder nachfragebedingte Preisschwankung vorliegt, entstehen gegenteilige Effekte. Es stellt sich außerdem die grundsätzliche Frage, ob Rohstoffabkommen nicht die Produktionsstruktur vieler EL nachteilig zementieren und eine Diversifizierung behindern, alte Abhängigkeiten also festigen. Künstliche Preise bergen die Gefahr in sich, falsche Preissignale zu setzen, mit entsprechenden mengenmäßigen Reaktionen der Marktteilnehmer. Auch werden Spekulanten auf den Plan gerufen, die jegliche Strategie unterlaufen.

Auf der anderen Seite können die niedrigen Rohstoffpreise weder aus ökonomischer, noch aus ökologischer Sicht befriedigen. Rohstoffabbau ist mit immensen ökologischen Belastungen verbunden (Erdabraum, Gewässer-, Bodenbelastung etc.). Die entstehenden externen Kosten werden in keiner Rechnung berücksichtigt. Schließlich fördern niedrige Rohstoffpreise weder einen effizienten Abbau noch Verbrauch von Ressourcen. Rohstoffsteuern, von EL eingeführt, könnten ein Weg sein, die Rohstoffe zu verteuern und so zur sparsameren Verwendung beitragen, und - wo möglich oder lohnenswert - Substitutionsprozesse auslösen. Auf diesem Wege ließe sich die langfristige Endlichkeit der Rohstoffe in den Preisen berücksichtigen. Aus den Einnahmen könnten Investitionen finanziert werden, die die Rohstoffexportabhängigkeit verringern. Im Norden eingeführte Ressourcensteuern sind aus ökologischer Sicht zwar ebenfalls effizient, aber sowohl die Steuereinnahmen, wie auch die Vorteile der ökologischen Modernisierung bleiben zum Nachteil des Südens in den IL (vergl. Masserrat, 1993).

Fazit:
Erlösstabilisierungsmaßnahmen oder eine Indexierung, d.h. Koppelung der Rohstoffpreise an die Industriegüterpreise, bleiben in gewissem Umfang erforderlich, auch wenn es ökonomisch gesehen nur eine zweitbeste Lösung ist. Eine Einführung von Ressourcensteuern durch die EL selber, sollte als Alternative geprüft werden.

VI. Finanzierungsvorschläge für eine nachhaltige Entwicklung

Globale Umweltschutzmaßnahmen müssen international finanziert werden. Ein heikles Thema, denn die Zahlungsbereitschaft, gerade des geforderten Nordens, ist bekanntermaßen gering. Es gibt aber, wie an anderer Stelle ausgeführt, gute ökonomische Gründe, Ausgleichszahlungen an EL zu leisten. Die Debatte bleibt als Folge der Rio-Konferenz und der Finanzierung der Agenda 21 aktuell, und es gibt diskussionswürdige Konzepte.

1. Regionale Umweltschutzmaßnahmen

Die Kosten einer besseren Umwelt erscheinen zunächst nicht finanzierbar, weil unendlich viele Maßnahmen getroffen werden müßten. Nun gibt es aber Investitionen und Maßnahmen in EL und IL, die potentielle Erträge durch verbesserte Effizienz erwarten lassen. Solche Investitionen tragen sich selbst und leisten gleichzeitig einen erheblichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Weltbank hat einen Katalog solcher Investitionen für den Süden aufgestellt. Die in der Tabelle aufgelisteten Investitionen konzentrieren sich auf die wichtigsten Umweltprobleme der EL, die auch im direkten Zusammenhang mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung stehen. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 75 Mrd. \$ oder auf etwa 1,4 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EL. Die Weltbank schätzt, daß über einen Zeitraum von 15 Jahren das gesamte Realeinkommen der Länder um 125 % zunehmen wird. Dieser Zuwachs wäre zwanzig bis fünfundzwanzigmal so hoch wie die Kosten eines umfassenden Umweltprogramms.

Natürlich bleibt unabhängig von sich selbst tragenden Investitionen der Bedarf nach einer stärkeren internationalen Unterstützung vorhanden. Für die Lösung globaler Probleme wie Treibhauseffekt oder Schutz der Artenvielfalt müssen Mittel aufgebracht werden, die nicht aus den Entwicklungshilfebudgets stammen - eine Forderung, die sich selbst die Weltbank zu eigen gemacht hat (Weltbank, 1992).

In den IL könnten Umweltsteuern einen Beitrag zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen leisten und Anreiz für sich selbst tragende Investitionen sein.

Geschätzte Kosten und langfristige Erträge ausgewählter Umweltprogramme in Entwicklungsländern				
Programm	Zusätzliche Investitionen im Jahr 2000			Langfristige Erträge
	Mrd US\$ pro Jahr.	% Anteil am BIP im Jahr 2000	in % des BIP-Wachstums 1990-2000	
Erhöhte Investitionen in die Wasserversorgung und sanitäre Einrichtungen	10,0	0,2	0,5	Versorgung von zusätzlich mehr als 2 Milliarden Menschen mit Dienstleistungen. Bedeutende Einsparungen von Arbeitskräften sowie Gesundheits- und Produktivitätsvorteile. Verringerung der Kindersterblichkeit um mehr als 3 Millionen im Jahr.
Kontrolle der Emissionen von Schwefeloxiden aus kohlebefeuernden Elektrizitätswerken	2,0	0,04	0,1	Weitgehende Eliminierung der Schwefeloxidentmissionen. Bedeutender Rückgang der Erkrankungen der Atemwege und der Säureablagerung, sowie Verbesserung der subjektiven Umweltqualität.
Reduzierung der Säureablagerung aus neuen kohlebefeuernden Kraftwerken	5,0	0,1	0,25	
Übergang zu bleifreien Kraftstoffen; Kontrolle der Hauptschadstoffe von Fahrzeugen	10,0	0,2	0,5	Beseitigung der Umweltverschmutzung durch Blei; Reduktion anderer Schadstoffe um mehr als 90 Prozent, mit Verbesserungen der Gesundheit und der subjektiven Umweltqualität.
Reduzierung der Emissionen, Abwässer und Abfälle der Industrie	10,0-15,0	0,2-0,3	0,5-0,7	Spürbare Verminderungen im Niveau der lokal Umweltverschmutzung, sowie Verbesserungen von Gesundheit und subjektiver Umweltqualität trotz raschen industriellen Wachstums. Häufige Kosteneinsparungen in der Industrie in Verbindung mit sparsamen Verfahren.
Bodenerhaltung und Aufforstung, einschließlich Beratungsdienste und Ausbildung	15,0-20,0	0,3-0,4	0,7-1,0	Zunahme der Erträge und der Produktivität von Land- und Forstwirtschaft in Verbindung mit steigenden volkswirtschaftlichen Erträgen der Investitionen. Verringerter Druck auf die natürlichen Wälder. Nutzung aller Gebiete durch langfristig tragbare Anbauverfahren und Beweidung als Endziel.
Aufstockung der Mittel für die land- und forstwirtschaftliche Forschung gegenüber den Planvorgaben, sowie für die Erfassung natürlicher Ressourcen	5,0	0,1	0,2	
Familienplanung (zusätzliche Kosten eines ausgebauten Programms)	7,0	0,1	0,3	Langfristige Stabilisierung der Weltbevölkerung bei 10 Milliarden anstatt bei 12,5 Milliarden Menschen.
Verbesserung der Grundschul- und weiterführenden Ausbildung der Mädchen	2,5	0,05	0,1	Zusätzliche Grundschulausbildung für 25 Millionen Mädchen, zusätzliche weiterführende Ausbildung für 21 Millionen Mädchen. Drastischer Rückgang der Diskriminierung bei der Schulbildung.

Das BIP der Entwicklungsländer betrug 1990 3,4 Billionen Dollar und wird schätzungsweise auf 6,4 Billionen Dollar im Jahre 2000 steigen (in Preisen von 1990).
Quelle: Weltbank Weltentwicklungsbericht, 1992

2. Globaler Umweltschutzmaßnahmen

UNCED Vorschlag

Das Finanzierungsvolumen der Agenda 21 - das Maßnahmenpaket konzentriert sich im wesentlichen auf die Länder des Südens - wird vom UNCED-Sekretariat auf jährlich 600 Mrd US\$ bis zum Jahre 2000 geschätzt. 125 Mrd US\$ davon sollen die IL aufbringen, wobei aber die rund 60 Mrd US\$ Entwicklungshilfe, die von den IL geleistet wird, angerechnet werden sollen. Die verbleibende Summe von 65 Mrd US\$ soll auf institutionellem Wege aufgebracht werden. Dazu gehören nach Vorstellung des UNCED-Büros z.B. folgende Maßnahmen:

- Erhöhung des BSP-Anteils der Industrieländer für Entwicklungshilfe,
- Erhöhung der IDA-Mittel (zinslose Weltbank-Darlehen),
- Erhöhung der Beiträge der regionalen Entwicklungsbanken,
- Aufstockung der GEF-Mittel (Umweltfonds der Weltbank),
- Erhöhung der Mittel für UNDP (United Nations Development Program) und UNEP (United Nations Environmental Program).

CO₂-Emission als Finanzierungsmaßstab

Neben dem globalen Finanzierungsvorschlag gibt es elegantere Modelle, die vor allem im Zusammenhang mit einem internationalen CO₂-Reduktionsmaßnahmenkatalog entstanden sind. Der Grundgedanke dieser Modelle ist, daß ein globaler CO₂-Reduktionsplan nur dann eine Chance erhält, wenn eine Lastenverteilung erreicht wird, die alle Staaten als gerecht empfinden. Immerhin bedeutet die Umsetzung eines internationalen Beschlusses zur CO₂-Reduktion für die Entwicklungsländer zusätzliche Kosten. Deswegen verlangen die Entwicklungsländer von dem Norden Kompensationsleistungen für die Schäden, die er an den Gemeinschaftsgütern angerichtet hat. So verkündet die indische Regierung: Klimaschutz - Ja, aber nur, wenn die westlichen Industrieländer dafür bezahlen. Vor diesem Hintergrund und basierend auf einem Vorschlag des World Watch Instituts, der eine nationale CO₂-Reduktion ausschließlich an der aktuellen Pro-Kopf-Emission anknüpft, hat Loske eine Erweiterung der Indikatoren vorgenommen, die zu einer gerechteren Lastenverteilung führen (Loske, 1990). Neben der aktuellen Pro-Kopf-Emission berücksichtigt er:

- die aufgelaufenen Emissionen während der letzten 50 Jahre,
- das Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt,
- die verbleibende Assimilationsfähigkeit der Atmosphäre

Nach einer Primärverteilung der Reduktionspflichten aufgrund der aktuellen Pro-Kopf-Emissionen und der verbleibenden Assimilationsfähigkeit, die Bach und Krause ermittelt haben (Krause u.a., 1989), erfolgt eine Sekundärverteilung nach den aufgelaufenen Emissionen der Vergangenheit und des BSP-Pro-Kopf. Auf diese Weise werden die Leistungsfähigkeit eines Staates und seine CO₂-Altlasten berücksichtigt. Das Resultat ist, daß die IL die auferlegten CO₂-Reduktionsziele selbst finanzieren müssen, die osteuropäischen Staaten nur zum Teil und die EL nicht. Die fehlenden Mittel kommen aus einem zu gründenden internationalen Klimafonds, aus dem Technologietransfer, Energiesparprogramme und weitere Programme, die eine umweltverträgliche Entwicklung fördern, finanziert werden können.

Der Fonds könnte zum Beispiel bei der UNO angesiedelt werden. Seine Mittel erhält der Fonds aus folgenden Quellen, wobei auch Kombinationen denkbar sind:

- permanente Einspeisung eines Teils einer Energiesteuer, die jedes Unterzeichnerland erheben würde,
- Kompensationsleistungen von IL für die kumulierten Emissionen der letzten Jahrzehnte,
- Einzahlungen aus ökologisch motivierten Umschuldungsmaßnahmen (vergl. Abschnitt "Lösung der Schuldenkrise"),
- Differenzbeträge aus reduzierten Rüstungsausgaben (Friedensdividende),
- Freiwillige Einzahlungen von Staaten über ihren Beitrag hinaus oder von Unternehmen, Organisationen etc.

Indesisch Vorschlag

Aus Indien vom Zentrum für Wissenschaft und Umwelt in New Dehli, kommt ein Vorschlag, nach dem jedem Land eine "Verschmutzungsquote" eingeräumt wird, die sich an der aktuellen Pro-Kopf-Zahl der Bevölkerung orientiert. Gemessen an den IL ist die Pro-Kopf-Verschmutzungsrate der EL gering (Beispiel CO₂: USA 5 to pro Kopf, Indien 0,4 to pro Kopf). Ihnen blieben somit noch Wachstumschancen, und nicht benutzte Quotenanteile ließen sich an Staaten veräußern, die ihr Kontingent ausgeschöpft

haben. Weiterhin entsteht der Anreiz, die Bevölkerungszahl zu stabilisieren oder sogar zu senken, um die Verschmutzungsquote zu erhalten bzw. zu erhöhen. Kritik: Die Reichen leisten sich dann Umweltverschmutzung. Es werden nicht die Waren berücksichtigt, die in IL unter CO₂-Emissionen produziert, aber in EL konsumiert werden.

Die Kosten einer umweltverträglichen Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE) werden auf 60 Mrd US\$ jährlich geschätzt und sollten - so ein Vorschlag von Ulrich Petschow (vgl. Abschnitt Osteuropa) - nach Vorbild des Marshall-Plans für Westeuropa, heute jedoch umweltorientiert, finanziert werden.

Fazit:

Die weltweiten finanziellen Forderungen an den reichen Norden sind erheblich. Diesen Ansprüchen muß der Norden gerecht werden, nicht zuletzt wegen seiner historischen Verpflichtung. Dies gelingt nur dann, wenn er bereit ist zu teilen. Die (Ausweg-) Strategie "Finanzierung durch Wachstum" geht nicht länger auf, wenn nachhaltige Entwicklung das Ziel sein soll.

VII. Appell - Umschwenken weltweit !

1. Wende im Norden

Der erste Schritt - Ökosoziale Marktwirtschaft

Der Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme in den kommunistischen Ländern Osteuropas wird oftmals als ein "Sieg" der Marktwirtschaft betrachtet. Dabei werden leicht über den gravierenden Mängeln der planwirtschaftlichen Systeme - auch hinsichtlich der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen - die weiterhin bestehenden sozialen und ökologischen Defizite einer Markt-Organisation der Wirtschaft übersehen. Trotz eines Meinungswandels in der Öffentlichkeit zugunsten von Umweltschutz in den letzten 20 Jahren ist es bisher nicht zu einer grundlegenden, auch konzeptionellen Berücksichtigung der ökologischen Defizite gekommen. Zwar gibt es Versuche, durch juristische und verwaltungstechnische Maßnahmen die unübersehbaren Umweltprobleme "in den Griff" zu bekommen, doch diese Bestrebungen erweisen sich immer mehr als unzureichend. Die Erkenntnis, daß nicht allein neue Grenzwerte und Verwaltungsvorschriften die erforderliche ökologische Kurskorrektur bewirken werden, beginnt sich allmählich durchzusetzen. Damit wächst die Einsicht, daß die marktwirtschaftliche Ordnung selbst um die ökologische Dimension erweitert werden muß.

Dies bedeutet eine grundlegende Neuorientierung des Wirtschaftens:

- Das Ziel des "angemessenen und stetigen Wirtschaftswachstums", wie es im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegt ist, kann angesichts der deutlich gewordenen Grenzen der Naturbelastung - hinsichtlich der Ressourcen und als Aufnahmemedium für Schadstoffe und Abfälle - nicht mehr aufrechterhalten, sondern muß gestrichen werden.
- Zum anderen muß der Maßstab, nach dem wir Wirtschaft, Wirtschaftspolitik und oftmals auch Wohlstand beurteilen, geändert werden. Die wissenschaftliche Kritik am Bruttosozialprodukt, die inzwischen nahezu Allgemeingut ist, muß endlich auch in der Praxis der Politik berücksichtigt werden. Zwar gibt es nationale und internationale Bemühungen

um alternative und ergänzende Berechnungen, diese sind jedoch als langfristige Forschungsprogramme angelegt. Hier muß nach pragmatischen Wegen - zumindest für eine Übergangszeit - gesucht werden, um die Situation von Umwelt- und Naturrecht mit aufzunehmen. Die Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen UNDP hat für den internationalen Vergleich gerade auch mit Entwicklungsländern einen "Human Development Index" (HDI) erarbeitet, in den drei Faktoren eingehen: Lebenserwartung, Zugang zu Bildung und das Bruttosozialprodukt pro Kopf. Das Bruttosozialprodukt spielt dabei also immer noch eine Rolle, hat aber seine Monopolstellung eingebüßt. In Zukunft sollen auch eine Reihe ökologisch relevanter Faktoren, wie die Qualität und Verfügbarkeit von Trinkwasser, Emissionen, Treibhauseffekt und Waldvernichtung in den Index einbezogen werden.

- Wenn das Ziel unbegrenzten Wirtschaftswachstums nicht mehr möglich ist, müssen ökologische Grenzziehungen vorgenommen werden, innerhalb derer sich wirtschaftliche Aktivitäten entfalten können. Derartige langfristige Umweltqualitätsziele - wie z.B. die Reduktion der CO₂-Emissionen um 25% bis zum Jahre 2005 - müssen von der Politik gesetzt und das umweltpolitische Instrumentarium muß hierauf ausgerichtet werden. Neben dem weiterhin notwendigen Ordnungsrecht werden marktwirtschaftliche Instrumente, wie Umweltsteuern und -abgaben, eine besondere Bedeutung haben: Durch die Zurechnung ökologischer Folgeschäden und langfristiger Knappheiten mit Hilfe des Preissystems kann der ökologische Strukturwandel mit möglichst hohen Effizienz- und Freiheitsgraden erreicht werden. Wenn die steuerliche Belastung des Faktors Umwelt im Rahmen einer ökologischen Steuerreform (siehe BUNDargumente "Umwelt(-)Steuern") gleichzeitig mit einer steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit verbunden wird, sind hiermit auch positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen.

- Die ökologische Umorientierung und Grenzziehung wirft auch neue soziale Fragen auf: Die Verringerung der Produktion umweltschädlicher Güter - auch wenn sie von einer Umstellung auf neue, weniger umweltbelastende Produkte und Dienstleistungen begleitet ist - kann durchaus mit gleichbleibenden, aber auch mit abnehmenden Beschäftigungszahlen einhergehen. Hinzu kommen bei einer ökologischen Wirtschafts- und Lebensweise der größere Umfang an unbezahlter Arbeit und deren Verteilung, die erheblichen Konfliktstoff in sich bergen. Bestehende soziale Fragen - wie die Massenarbeitslosigkeit in vielen Industrieländern - können durch den ökologischen Strukturwandel verschärft werden. Sie werden sich aber noch weit dramatischer zuspitzen, wenn dieser Strukturwandel unterbleibt! Hier stellt sich erneut und dringend die Aufgabe, über die gesellschaftliche Verteilung des Erwerbsarbeitsvolumens nachzudenken und über Modelle einer von Erwerbseinkommen unabhängigen Grundversicherung (Grundeinkommen). Eine ökologische Politik, die ein Weniger an Marktprodukten und Dienstleistungen bedeuten kann, darf nicht durch das Tabu des Arbeitsplatzargumentes abgeblockt werden. Ein Nachdenken über und eine Neubewertung des Begriffs der Arbeit (die ja häufig mit ökologischen Folgeschäden verbunden ist, wie bei der Produktion von Gütern, beim Transport etc.) der westlichen Arbeitsgesellschaften steht an.

Neues Wohlstandsmodell - weniger oder anders?

Spätestens seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio ist die Einsicht, daß die Hauptverursacher der globalen Umweltprobleme die Industrieländer sind und die derzeitigen Konsum- und Produktionsmuster nicht nachhaltig sind, zum Allgemeingut geworden. Eine intensive Diskussion in der Öffentlichkeit über die Notwendigkeit, diesen ressourcenintensiven Lebens- und Wirtschaftsstil zu ändern, hat erst in Ansätzen stattgefunden. Die Debatte bewegt sich zwischen den Polen "Verzicht" und "Effizienzrevolution". Die einen meinen, Abstriche am materiellen Konsum seien unausweichlich, die anderen setzen auf die Fähigkeiten der Technik, um den derzeitigen Konsumstandard bei effizienterer Ressourcenausnutzung in etwa beibehalten

zu können. Ein drittes Moment kommt aber hinzu - das subjektive Erleben. Ein materielles Weniger kann als schmerzhafter Verzicht erlebt werden, es kann Ausdruck von Desinteresse sein oder gar als Befreiung von Konsumzwängen empfunden werden.

Als Grundlage für eine solche Diskussion haben Friends of the Earth Niederlande einen Aktionsplan ausgearbeitet, der eine (mögliche) Antwort auf die Frage gibt: Wie wird das Konsumniveau aussehen, wenn wir die Regenerationskraft der Erde und die Erfordernisse der gesamten Weltbevölkerung berücksichtigen, und ist dies eine attraktive Perspektive für den Durchschnittsbürger in unserer wohlhabenden Gesellschaft (vergl. Kasten "Sustainable Netherlands").

In die Diskussion um ein neues "Wohlstandsmodell" sollte aber nicht nur das Konsumniveau einbezogen werden, sondern auch soziale und psychische Bedürfnisse des Menschen. Einen Ansatz hierzu zeigen - ausgehend von dem Thema Gesundheit - die Toblacher Thesen des Jahres 1992 (Anhang 4). Die Zielrichtung zu einem ökologischen Wohlstand wird hier mit "langsamer, weniger, besser, schöner" umschrieben. Von der Diskussion um neue Begriffe von Wohlstand und Fortschritt, um Werte und Lebensstile wird es abhängen, wie schnell die Industrieländer sich auf den ökologischen Wandel einlassen, mit welchen Widerständen dies verbunden sein wird und ob dieser Wandel letztlich als Verzicht oder als Gewinn erlebt wird.

Fazit:

Die ökosoziale Marktwirtschaft bietet den Ordnungsrahmen, um einen ökologischen Strukturwandel herbeizuführen. Anspruchsvollstes Ziel der Gesellschaft ist es, den Wohlstand zu bestimmen, der die Regenerationsfähigkeit der Natur erhält und für alle Erdenbewohner gleichermaßen erreichbar ist.

Arbeiten in Japans Weltkonzernen

*"Laßt uns ein neues Japan bauen,
mit Kraft und Verstand!
Laßt uns bessere Güter herstellen
und sie zu den Völkern der Welt schicken
in einem endlosen Strom,
so wie Wasser aus der Quelle sprudelt!
Unsere Industrie soll wachsen, wachsen, wachsen!
Laßt uns aufrichtig zusammenstehen für Matsushita-Elektrik!"*

Firmenhymne der japanischen Firma Matsushita, die vor Arbeitsbeginn von den Betriebsangehörigen gesungen wird.

Sustainable Netherlands: Berechnungen der niederländischen Friends of the Earth für eine nachhaltige Entwicklung bis 2010

Ausgangspunkt bei den Berechnungen ist, daß jedem Erdbewohner ein gleich großer Umweltraum zur Verfügung steht.

Energie

Theoretisch ist es möglich, die gesamte Weltbevölkerung mit dauerhaften Energiequellen zu versorgen: Sonnenenergie und ähnliche Energiequellen bergen ein ausreichendes Potential. Bis zur Nutzung dieses Potentials sind jedoch so viele Hindernisse zu überwinden, daß diese Quellen bis zum Jahr 2010 nur eine geringe Rolle spielen dürften. Die Nutzung fossiler Energiequellen ist daher in den nächsten Jahrzehnten nicht zu umgehen. Sie wird jedoch reduziert werden müssen, um den (durch CO₂-Emissionen verursachten) Treibhauseffekt auf einen Temperaturanstieg von 0,1° C pro Jahrzehnt zu begrenzen; ein stärkerer Temperaturanstieg würde verhängnisvolle Auswirkungen für Mensch und Natur haben. Weltweit muß der CO₂-Ausstoß um 1 bis 2 Prozent jährlich verringert werden. Bei einer proportionalen Verteilung des "Energie-raums" - oder besser gesagt des CO₂-Raums - würde dies bedeuten, daß die CO₂-Emissionen in den Niederlanden zwischen 1992 und 2010 um 60 Prozent verringert werden müßten. Zwischen 2010 und 2030 wird eine nochmalige Verringerung um 60 Prozent erforderlich sein (diese Berechnung basiert auf dem Goldemberg-Szenarium, das von einer gleichmäßigen Verteilung der fossilen Brennstoffe erst im Jahr 2030 ausgeht).

Wasser

Der "Süßwasserraum" an Trinkwasservorräten kann nicht von der Menge des weltweit verfügbaren Süßwassers abgezogen werden, sondern ist regional festzulegen, per Einzugsgebiet oder Wassermanagementeinheit. Das Auffangen und die Verteilung von Leitungswasser ist derzeit mit mehreren ökologischen Problemen wie Dehydration und Verseuchung der Böden verbunden. Für die Niederlande bedeutet dies eine Verringerung des derzeitigen Wasserverbrauchs um 32 Prozent.

Nicht-erneuerbare Ressourcen

Die wichtigsten nicht-landwirtschaftlichen Ressourcen sind Metalle, Kohle, Halogene und Mineralien. Der "Umweltraum" dieser Ressourcen wird durch die verfügbaren Vorräte und den Grad der Belastung bei der Exploitation (Toxizität, Energieverbrauch, Entweichen etc.) bestimmt. Die Verwendung einer Reihe toxischer und "energieschluckender" Metalle muß eingestellt werden, auch wenn Ersatz nicht ohne weiteres zur Verfügung steht. Langfristig bedingt die ökologisch vertretbare Nutzung der weniger schädlichen Metalle eine 100%ige Wiederverwertbarkeit. Kurzfristig sollte ein Minimum von 95 Prozent angepeilt werden. Die Verwendung dieser Metalle muß daher auf dem jetzigen Stand festgeschrieben oder sogar eingeschränkt werden.

So ist der Verbrauch von Aluminium beispielsweise weltweit von durchschnittlich 3,3 auf 2 kg pro Kopf und Jahr

zu reduzieren. Für die Niederlande bedeutet dies eine Verringerung um mehr als 80 Prozent gegenüber dem jetzigen Verbrauch.

Landwirtschaftliche Grundstoffe

Die derzeitigen landwirtschaftlichen Produktionsmethoden sind nicht ökologisch verträglich. Erosion und andere Auswirkungen einer ökologisch nicht verträglichen Landwirtschaft verursachen eine Degradation der Böden. Nach der Umstellung auf eine ökologisch vertretbare Landwirtschaft werden jedem Menschen in der Welt 0,25 ha Landwirtschaftsfläche zustehen, von denen 0,19 ha für eine gesunde Grundernährung notwendig sind. Zum Vergleich: derzeit entfallen auf jeden Holländer 0,45 ha, vor allem aufgrund des hohen Fleischkonsums. Die ökologische Verträglichkeit wird durch Diversifizierung der Anbauprodukte, Erosionskontrolle, extensive Landwirtschaft, die Reduzierung des nicht eßbaren Teils der Ernte, die Kompostierung von Abfällen und die Verwendung menschlichen "Düngers" für landwirtschaftliche Flächen erreicht. Im Jahre 2010 wird es den Viehfuttertransport von Süd nach Nord nicht mehr geben: die Produktion wird in größtmöglichem Maße auf die lokalen Märkte ausgerichtet sein.

Der Fleischkonsum hängt von der Verfügbarkeit von Weideland und der ökologischen Vertretbarkeit der Viehzucht ab. Es steht genug Weideland zur Verfügung, um die Weltbevölkerung im Jahr 2010 mit der Mindestmenge an Fleisch (30 g täglich pro Person) und Milch (0,6 l täglich pro Person) zu versorgen. Der hohe Fleischkonsum im Westen ist jedoch aufgrund exzessiver Erfordernisse an Weideflächen im Jahr 2010 für die gesamte Weltbevölkerung nicht vorstellbar. In den Niederlanden wird der Fleischkonsum um 60 bis 80 Prozent reduziert werden müssen.

Nutzholz und Papier

Die Niederlande haben nur wenige Waldgebiete und einen hohen Nutzholzverbrauch. Die Niederlande sind der Welt größter Pro-Kopf-Importeur von Nutzholzprodukten. Absolut gesehen gehören die Niederlande zu den zehn führenden Importeuren. Würde die gesamte Welt soviel Nutzholz verbrauchen wie die Niederlande, wäre die Nutzholzproduktion siebenmal so hoch. Es gibt nicht genügend Wälder in der Welt, und die derzeitige Abholzungsrate führt bereits jetzt zu Degradation und Zerstörung der Wälder, sowohl in den Tropen als auch in den gemäßigten Zonen.

In einer ökologisch vertretbaren Waldwirtschaft hängt der Nutzholzeinschlag von der ökologischen Kapazität des Waldes ab. Im Jahre 2010 wäre der Zerstörung der natürlichen Wälder Einhalt geboten; das weltweite Nutzholzangebot könnte jedoch trotzdem allmählich steigen. Jedem Bürger der Welt werden rund 0,4 m³ pro Jahr zur Verfügung stehen. In den Niederlanden wird der Nutzholzverbrauch um 60 Prozent reduziert werden müssen.

2. Neuorientierung im Süden

Eigenständiges und entschlossenes Handeln sind die Grundlage, um Abhängigkeit und Unterentwicklung zu überwinden und aktiv an der Gestaltung der Vision der EINEN WELT mitzuwirken. Denn eines scheint klar: Will der Süden sich entwickeln, muß er in erster Linie auf sich selbst setzen, sich auf seine eigenen Kräfte besinnen. Der Süden trägt die Last der ungerechten Nord-Süd-Beziehungen. Um dies zu ändern, muß der Süden die Initiative übernehmen, vor Ort und im Nord-Süd-Dialog. Der Norden wird sich auch weiterhin zurückhalten.

Wesentlich für die Mobilisierung des Südens ist ein pragmatischer Neubeginn der Süd-Süd-Kooperation. Die Blockfreienbewegung, die Gruppe der 77, oder die OAU (Organisation für afrikanische Einheit) als regionaler Zusammenschluß haben sicher einiges bewirkt. Aber immer noch fehlen effektive zwischenstaatliche Institutionen der EL, die z.B. mit dem OECD-Büro für die Industrieländer vergleichbar wären. Angesichts der Tatsache, daß durch die Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen der Norden dem Süden weniger Aufmerksamkeit schenkt und sich verstärkt seinen eigenen Problemen widmen wird, muß der Süden geschlossener und selbstbewußter auftreten und eigene Wege beschreiten. Ohne daß damit einer Abkopplung der EL von der Weltwirtschaft das Wort geredet wird, erscheint eine verbesserte Süd-Süd-Kooperation als ein sinnvoller Ausgangspunkt.

Süd-Süd-Kooperation

Die Südkommission, ein Zusammenschluß von 18 Persönlichkeiten des Südens unter dem Vorsitz von Julius Nyerere, hat mehrere interessante Vorschläge für die Verbesserung der Süd-Süd-Kooperation unterbreitet (South Commission, 1990). Dazu gehören:

- Einrichtung eines Süd-Sekretariats
Das Sekretariat sollte den Entwicklungsländern fachliche, geistige und organisatorische Unterstützung in allen Bereichen anbieten. Es sollte als Kontaktstelle zwischen Nord und Süd sowie Südvertretern fungieren, eine Beobachterfunktion des Südens auf der Weltbühne übernehmen und schließlich als Lobbybüro aktiv die Position des Südens vertreten und im Norden für eine Zusammenarbeit werben.

- Gründung einer Süd-Bank
Dies ist ein alter Vorschlag, der endlich realisiert werden sollte, damit der Süden seine eigene Entwicklungsfinanzierung in Angriff nehmen kann.

- Forum der Schuldnerländer
Die Schuldenkrise wird irgendwann politisch gelöst werden müssen, ein Zusammenschluß der Schuldnerländer kann hierbei nur hilfreich sein.

- Süd-Süd-Handel
Der Süd-Süd-Handel muß verstärkt ausgeweitet werden. Die im globalen System der Handelspräferenzen zwischen Entwicklungsländern (GSTP) festgelegten Rahmenbedingungen zur Erleichterung und Förderung des Süd-Süd-Handels sollten gezielt genutzt werden.

- Stärkung und Neugründung von Produzentenvereinigungen

Die Rohstoffproduzenten des Südens sollten miteinander kooperieren, um ihre Weltmarktstellung zu verbessern. Dies gilt u.a. für die Genußmittelhersteller von Tee, Kaffee und Kakao, denn hier liegen schon erste Erfahrungen bzw. Abkommen vor.

- Gründung von zentralen Forschungseinrichtungen

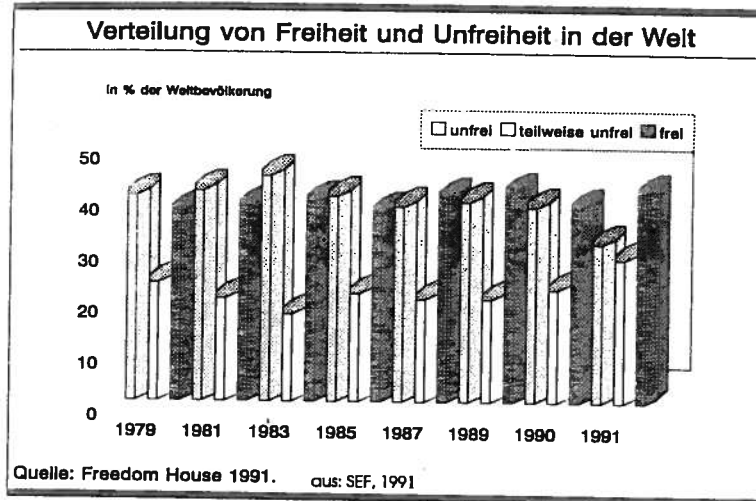
Forschung und Entwicklung müssen konzentriert werden und es muß eine Strategie für eine gemeinsame wissenschaftliche Zusammenarbeit formuliert werden, damit durch Mittelkonzentration der höchste Nutzen erzielt werden kann.

Bevölkerungsentwicklung

Heute leben etwa 5,3 Mrd. Menschen auf der Erde. Die Weltbevölkerung wächst jedes Jahr um 100 Millionen. Neueste Prognosen rechnen für das Jahr 2025 mit einem

Die Verschuldung Osteuropas Stand 1989 (in Mrd US\$)			
	Verschuldung		
	real	pro BSP	pro Exporte (konvertible)
Bulgarien	10,0	-	-
CSFR	7,2	12,4	97,4
Jugoslavien	17,6	-	-
Polen	40,4	53,2	457,6
Rumänien	0,2	-	-
Ungarn	19,7	69,3	223,1
UdSSR	37,3	-	-

Quelle: OECD, Institute of International Finance;
Deutsche Bank, OsteuropaSpezial, 1990.



Zuwachs um 3,2 Mrd. auf 8,5 Mrd. Menschen (Vereinte Nationen, 1990, SEF, 1991). Während in den IL das Bevölkerungswachstum sehr gering ist, erreichen die EL trotz hoher Kindersterblichkeit und geringerer Lebenserwartung ein Bevölkerungswachstum von durchschnittlich über 3 %. Etwa eine Milliarde Menschen leben in absoluter Armut und eine schnelle Änderung ist nicht zu erwarten. Die sehr jugendliche Altersstruktur in den EL läßt die gesamte Bevölkerung auch dann noch um 30 % steigen, wenn ab sofort jedes Paar nur noch zwei Kinder hätte. Dies sind zunächst einmal beängstigende Prognosen. Es muß aber auch klargestellt werden, daß die Überlebensfähigkeit der Erde nicht allein von der absoluten Zahl seiner Bewohner abhängt, sondern auch von dem Lebensstil des Einzelnen. Jedes Kind, das z.B. in den USA geboren wird, wird in Zukunft die Umwelt und die Ressourcen ebenso stark belasten wie z.B. 55 Neugeborene in Indien oder 900 in Nepal.

Dennoch bleibt aber die Reduzierung des Bevölkerungswachstums ein globales Ziel (siehe Anhang 3).

Demokratisierung

Menschenrechts- und Demokratiebewegungen werden in der Dritten Welt noch immer unterdrückt. Modelle wie afrikanische Einheitsparteiensysteme oder Militärdiktaturen in Lateinamerika haben, wie die Vergangenheit bewiesen hat, in der Regel Rückschritte für die Entwicklung der Länder bedeutet. Die Verwirklichung der Menschenrechte und ein Grundrecht auf menschenwürdige Lebensbedingungen bilden den Kern jeder Entwicklung und sind auf

dem Weg zur Demokratie unerläßlich. Auch darauf sollten sich die Bemühungen des Südens konzentrieren.

Besserstellung von Frauen

Über 550 Mio. Frauen leben in ländlichen Gebieten der Dritten Welt in Armut. Jährlich steigt ihre Zahl um 13-14 Millionen. Gleichzeitig sind es Frauen, die 60-70 % aller Nahrungsmittel erzeugen. Ihre Arbeit ist für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen unersetzlich. Aber ausnahmslos werden Frauen für die gleiche Arbeit schlechter entlohnt als Männer. Weiterhin haben Frauen nur begrenzten Zugang zu Krediten, zu Produktionsmitteln wie Technik, Dünger, zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Frauen tragen so die zweifache Last von Armut und Unterdrückung. Nach wie vor konzentrieren sich Entwicklungsmaßnahmen in erster Linie auf Männer und tragen somit zur Ungleichheit der Geschlechter bei.

Der Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Status der Frau muß Vorrang eingeräumt werden. Dazu genügt es nicht allein, Mittel bereitzustellen und Ziele zu formulieren. Konkrete Strategiekonzepte, die von Rechtssystemänderungen bis zur Ausbildungsplanung reichen, sind Voraussetzung für wirkliche Veränderungen. Einen wichtigen Beitrag könnte die Entwicklungshilfe leisten, indem Entwicklungsmaßnahmen stärker auf Frauen ausgerichtet werden und Selbsthilfeorganisationen und Frauennetzwerke gefördert werden.

Ein radikaler Wandel ist vor allem in patriarchalischen Gesellschaften notwendig, in denen nach traditioneller Vorstellung die Frau dem Manne Untertan ist und die Bewahrung der kulturellen Werte als Argument zur Rechtfertigung der Frauenunterdrückung ins Feld geführt wird.

Abrüstung

Im Süden verhungern immer mehr Menschen, und die Rüstungsausgaben steigen trotzdem weiter. Mitte der achtziger Jahre, so wird geschätzt, hat die Dritte Welt jährlich runde 500 Mrd. DM für militärische Zwecke ausgegeben (Nuscheler, 1991). Die Entwicklungshilfeleistungen von rund 90 Mrd. DM sind dagegen fast vernachlässigenswert. Viele EL geben, gemessen am BSP, oft mehr als das Doppelte für Rüstung aus als IL. Rüstung behindert eindeutig Entwicklung. Es wird viel Kapital gebunden, und das Geld fehlt an anderer

Stelle, wo Entwicklung gefördert werden könnte (Bildung, Gesundheit, Sozialstruktur). Waffenkäufe auf Pump verschärfen die Verschuldung. Es wird geschätzt, daß 20 bis 30 % der Auslandsschulden der EL auf Rüstungskäufe zurückzuführen sind. Die Unterhaltung der Waffensysteme ist kostspielig und bindet qualifizierte Fachkräfte. Nicht zuletzt erhöht ein wachsendes Militärpotential das Risiko von kriegerischen Auseinandersetzungen.

Den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie wirtschaftlich zu begründen (Beschäftigungseffekte, technischer Fortschritt) ist scheinheilig, denn vergleichsweise sind Rüstungsindustrien außerordentlich kapitalintensiv und unproduktiv. Sie ziehen aus anderen Bereichen Mittel ab und sind gleichzeitig kaum arbeitsplatzschaffend. Eine neue Entwicklungspolitik im Süden muß auf Rüstungskonversion und eine Herabsetzung der Militärausgaben setzen. Dies gilt selbstverständlich gleichermaßen für den Norden.

Institutionalisierung des Umweltschutzes

Der Umweltschutz muß auch in den EL verstärkt werden. Er sollte eine staatliche Querschnittsaufgabe werden und sich nicht allein auf ein Ministerium beschränken.

Die Wirtschaftspolitik muß die ökologischen Folgekosten berücksichtigen - eine revidierte BSP-Rechnung sollte beizeiten eingeführt werden. Umweltsteuern, vor allem Energie- und Ressourcensteuern - als Anreiz ressourcenschonender und emissionsärmer zu wirtschaften - sollten bei der Entwicklung bzw. dem Ausbau des Steuersystems eingeführt werden - unter Berücksichtigung sozialer Aspekte. Gleichzeitig sollten ordnungsrechtliche Maßnahmen (Ge- und Verbote) für den Umweltbereich entwickelt werden. Nicht zuletzt bedarf es einer amtlichen und öffentlichen Informationspolitik und einer Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, die das Umweltbewußtsein der Bevölkerung unterstützen.

3. Umbruch in Osteuropa

Die Umgestaltung in Osteuropa vollzieht sich teilweise sehr chaotisch, weil neben der notwendigen Veränderung der Wirtschaftsordnung auch eine Veränderung der Denk- und Verhaltensweisen der Menschen verlangt wird. Diese Gleichzeitigkeit führt zu

den nicht mehr kalkulierbaren bzw. steuerbaren Prozessen, die uns teilweise als Chaos anmuten.

Reformvorschläge können nur dort wirken, wo eine einigermaßen funktionstüchtige Ordnung besteht, und die gibt es bei näherer Betrachtung nur in wenigen Staaten.

Kernpunkte der osteuropäischen Umweltproblematik

Die Umweltprobleme Osteuropas sind gekennzeichnet durch sog. altindustrielle Belastungsfaktoren in Form 'traditioneller' Schadstoffe wie SO₂ und Staub. Hinzu tritt eine extreme Wasserbelastung. Bei der Luftbelastung durch SO₂ ist die GUS der zentrale Emittent, nach offiziellen Daten aus dem Jahr 1988 wurden hier 18 Mio t emittiert. In Polen lag die Höhe der Emissionen bei mehr als 4 Mio t, in der ehemaligen CSFR bei 3 Mio t.

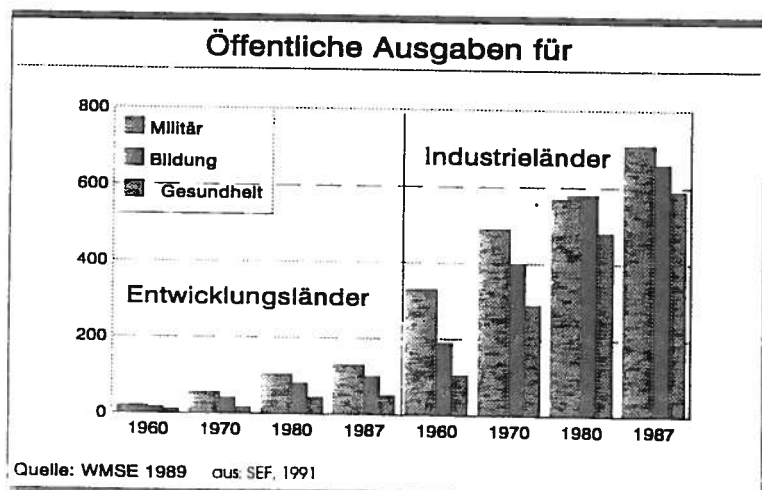
Ein sehr großes Gefahrenpotential besteht im Bereich der Energieversorgung aufgrund veralteter und nicht nachrüstbarer Atomreaktoren.

Die Abwasserentsorgung ist völlig unterentwickelt, allein 70 % der Abwässer werden in der GUS nicht nach den geltenden Vorschriften geklärt, in der CSFR und Polen werden 35 % bzw. 43 % der Abwässer gar nicht geklärt. Zudem entspricht auch die Trinkwasserversorgung in weiten Bereichen nicht den jeweiligen Normvorschriften.

Die Landwirtschaft war und ist geprägt durch den übermäßigen Einsatz von Düngemitteln und die Bewirtschaftung überdimensionierter Schläge mit der Folge von Grundwasserbeeinträchtigungen und massiver Bodenerosion.

Die regionale Konzentration dieser Umweltbelastungen führte dabei zur Entwicklung von Gebieten mit katastrophalen Umwelt- und Lebensbedingungen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Fazit:
Besinnen auf die eigenen Kräfte und eine verstärkte Süd-Süd-Kooperation - auch um dem Norden entschlossener gegenüberzutreten zu können - sind notwendige Schritte des Südens, um Abhängigkeit und Unterentwicklung zu überwinden.



Der wirtschaftliche Umbruch in Osteuropa

Im Rahmen des Privatisierungsprozesses der MOE-Ökonomien (mittel- und osteuropäische Staaten) bilden sich duale Ökonomien heraus, d.h. auf der einen Seite eine sich entwickelnde Privatwirtschaft, die gekennzeichnet ist von kleineren und mittelständischen Unternehmen, auf der anderen Seite staatliche Großbetriebe, die sich im wesentlichen auch mittelfristig nicht privatisieren lassen und nicht zuletzt wegen der damit zusammenhängenden sozialen Probleme (strukturbestimmende Betriebe) in starkem Umfang vom Staat abhängig bleiben. Gerade diese Großbetriebe sind an den Umweltbelastungen wesentlich beteiligt. Dabei bilden sich typische stop-and-go-Politiken nach lateinamerikanischem Muster heraus, so z.B. in Polen, das zunächst ein hohes Reformtempo bezüglich der Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt hatte. Nachdem die sozialpolitischen Konsequenzen deutlich wurden, sollten diese nach den Wahlen durch eine Rücknahme des Reformtempos und der Einführung sozialpolitischer Vertrauensmaßnahmen begrenzt werden. Damit gerät Polen jedoch wieder unter den Anpassungsdruck der westlichen Gläubigerländer und -banken.

Insgesamt deuten eine Vielzahl von Faktoren auf eine eher mittel- bis langfristige Phase der Instabilität hin, die im wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen ist:

- die institutionellen Rahmenbedingungen für eine Marktwirtschaft existieren nicht oder sind labil,
- die wirtschaftliche und damit letztlich auch die soziale Lage wird mittelfristig angespannt bleiben,
- die Handelsbeziehungen zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten sind massiv zurückgegangen, der Austausch erfolgt in zunehmendem Maße über Barter-Geschäfte (Ware gegen Ware),
- Grenzregelungen zwischen verschiedenen Staaten sind nach wie vor noch nicht geklärt bzw. umstritten und stellen ein dauerhaftes Konfliktpotential dar,
- dies trifft ebenfalls auf die Nationalitätenprobleme zu.

Insbesondere die Privatisierung der Großindustrie, das Herz der östlichen Ökonomien, erweist sich als äußerst schwierig wegen

- nicht definierter und ungeklärter Eigentumsrechte,

- administrativer Engpässe und der Frage der Zuständigkeiten,
- fehlender Rentabilität,
- hohen Restrukturierungskosten,
- Fehlen eines qualifizierten Managements.

Die Volkswirtschaften leiden zudem an den unzureichenden finanziellen Reserven und dem Mangel an Managementkapazitäten. Damit wird es auch schwierig, die Großunternehmen den sogenannten harten Budgetrestriktionen zu unterwerfen, die eine Verhaltensveränderung dieser Unternehmen bewirken könnten. In der gegenwärtigen Phase stellt sich die Situation in mehreren Staaten so dar, daß es eine enge Kopplung zwischen dem Unternehmenssektor, dem Finanzsektor und dem Staatshaushalt gibt und die Schwierigkeiten offenbar immens sind, aus dieser Verklammerung also auch der Wirtschaft und den politischen Entscheidungen herauszukommen.

Perspektiven der Umweltsituation in Osteuropa

Aufgrund der Ähnlichkeit der 'klassischen' Umweltbelastungen in Osteuropa und der ehemaligen DDR lassen sich einige Anhaltspunkte aus den Erfahrungen der ehemaligen DDR ableiten.

Verbessern kann sich die Umweltsituation mittelfristig im Bereich der Luftverschmutzung (SO₂) und der Wasserreinhaltung. Keine Verbesserung wird sich mittelfristig im Bereich der Atomkraftwerke ergeben (Versorgungssicherheit). Das gleiche gilt für das Altlastenproblem. Wegen unzureichender finanzieller Mittel für Sanierungsmaßnahmen wird dieses Problem auch mittel- bis langfristig nicht gelöst werden können. Mit einer Verschlechterung der Umweltsituation ist zu rechnen im Bereich der Abfallwirtschaft und im Bereich der "modernen" Schadstoffe, insbesondere aufgrund der Belastung durch den zunehmenden Pkw- und Lkw-Verkehr.

Eckpunkte eines Handlungsprogramms

1. Eine europäische Konferenz für Umwelt und Entwicklung ist notwendig.

Im Rahmen einer Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Europa, auf der die Ergebnisse der UNCED Konferenz in Rio für die Region Europa konkretisiert werden, sollte ein ökologischer (Marshall-)Plan für die mittel- und osteuropäischen Staaten entwickelt werden. Dieses Programm sollte

dabei zum einen die ökologische Situation in dieser Region entscheidend verbessern und zudem zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Situation beitragen.

Ziele einer solchen Konferenz sollten sein:

- Beim Aufbau der Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten sollten die Herausforderungen der ökologischen Krise von Anfang an berücksichtigt werden;
- Für die bestehende Wirtschaft der westlichen und östlichen Staaten sollten Wege der umweltgerechten Konversion aufgezeigt und durchgesetzt werden;
- Ein Sofortprogramm für den Umbau des Energiesektors ist erforderlich.

Dabei sollte in einem ersten Schritt die Atomenergiesituation entschärft werden. Dies ist zweifelsohne nur mit einem massiven Hilfsprogramm des Westens möglich und sollte umgehend umgesetzt werden. Die Wiederinbetriebnahme des dritten Reaktors in Tschernobyl verdeutlicht, daß die Nöte der Atomenergie Probleme sind, deren schnelle Lösung im direkten Interesse auch der westeuropäischen Staaten liegt.

Der Ausstieg aus der Atomenergie muß auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten, die gegenwärtig noch stark abhängig von der Atomenergie sind, das Ziel sein.

2. In den mittel- und osteuropäischen Staaten müssen Strukturen geschaffen werden, die eine umweltgerechte wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Ein Ansatzpunkt besteht dabei in der notwendigen Neuorganisation der Staatsfinanzen, die unabdingbar ist, da mit dem Zusammenbruch der alten Strukturen die finanziellen Grundlagen der Staatsfinanzierung zerbrechen. Damit bestehen auch die im Westen festzustellenden Hemmnisse nicht, die einen verstärkten Einbau eines ökologisch orientierten Steuersystems verhindern.

Es sollte versucht werden, bereits in der Zeit des Umbruchs die Basis für "richtige" Preise zu legen, indem beim Neuaufbau des Steuersystems die externen Kosten internalisiert werden, d.h. die wirtschaftlichen Aktivitäten mit den Kosten (eben auch den Umweltkosten) belegt werden, die sie verursachen. Damit würde beim Umbau der Wirtschaft nicht der Weg der nachholenden Entwicklung beschritten, sondern das Leitbild wäre eine dauerhafte Entwicklung.

Finanzierungsbedarf und Hilfsprogramme

Insgesamt flossen 1991 Mittel in Höhe von lediglich 3 Mrd US\$ durch Direktinvestitionen in die Region. Der zweifelsohne notwendige Kapitalzufluß hält sich auch gegenwärtig in engen Grenzen und ist nicht ausreichend, entscheidende Impulse in der Region auszulösen.

Werden daneben die verschiedenen Hilfs- und Unterstützungsprogramme der westlichen Welt (PHARE-Programm der Europäischen Gemeinschaft, das US-amerikanische Programm 'Support for East European Democracy' (SEED), die Initiativen der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zusammenfassend betrachtet, so ergibt sich, daß der Gesamtumfang der finanziellen Mittel, die in die MOE-Länder geflossen sind, eher spärlich ist. Dies bestätigt auch die EBRD. Diese Mittel standen nur teilweise dem Umweltschutz zur Verfügung. Nach Schätzungen einer Studie im Auftrag des WWF beliefen sich die finanziellen Mittel für den Umweltbereich auf insgesamt ca. 700 Mio US\$. Um die Dimension deutlich zu machen: Allein für die neuen Bundesländer werden nach der ersten Bestandsaufnahme Mittel für den Umweltschutz notwendig werden, die sich in der Größenordnung zwischen 200 und 400 Mrd DM bewegen.

Ein Unterstützungsprogramm müßte sich in einem ersten Schritt auf den Neuaufbau eines umweltverträglichen Energiesystems konzentrieren, das sich intensiv an der Nutzung von Einsparpotentialen orientiert.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft keineswegs eine durchgängige Verbesserung der Umweltsituation nach sich zieht.

Hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Unterstützung sind an die westlichen Staaten weitergehende Forderungen zu richten. Maßstab eines solchen Hilfsprogramms sollte dabei der Marshall-Plan für Westeuropa sein, der in der Nachkriegszeit zur wirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat. Ein solcher Wirtschaftsförderplan, der im Jahre 1992 allerdings unter den Prämissen der Konferenz für Umwelt und Entwicklung zu stehen hat, würde sich in Anlehnung an die Nachkriegshilfe in einer Größenordnung von etwa 60 Mrd. US\$ bewegen müssen. Die ERP-Hilfen für Westeuropa nach

Fazit:
Die Umweltsituation in Osteuropa ist besorgniserregend, in vielen Gebieten sind die Umwelt- und Lebensbedingungen katastrophal. Die Reformprozesse verlaufen zäh und sind von Rückschlägen gekennzeichnet. Eine europäische Konferenz für Umwelt und Entwicklung - den Zielen der UNCED-Konferenz von Rio verpflichtet - sollte einen ökologischen (Marshall-) Plan entwickeln, der die Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Situation zum Ziel hat.

dem Zweiten Weltkrieg betrug über einen Zeitraum von vier Jahren jeweils ca. 1-1,5 % des US-Bruttosozialprodukts. Eine entsprechende Unterstützung allein von Seiten der westeuropäischen Länder würde bedeuten: 56-84 Mrd. US \$ pro Jahr oder 224-336 Mrd. US\$ in vier Jahren!

Damit wird deutlich, daß für die westlichen Staaten eine Verpflichtung besteht, die MOE-Staaten in deutlich größerem Umfang als bislang zu unterstützen. Dies liegt auch im Eigeninteresse des Westens, der

damit zum einen zur Stabilisierung der MOE-Staaten beitragen und zudem von den damit möglichen Umweltentlastungen profitieren kann. Die Hilfsprogramme sind allerdings nicht allein durch den Zuwachs des Reichtums in den westlichen Staaten zu finanzieren - nicht zuletzt auch aufgrund der Anforderungen aus dem Süden - sondern bedeuten durchaus auch, daß der Westen - wie an anderer Stelle schon erwähnt - teilen lernen muß und seine eigene wirtschaftliche Entwicklung umorientieren muß.

VIII. Resümee

Ozonloch, Klimaveränderungen und Artensterben sind Vorboten für einen sich anbahnenden Öko-Kollaps. Der Norden und sein ressourcenverschlingender Lebensstil sind dafür weitgehend verantwortlich. Die Staaten des Nordens müssen jetzt über ihren Tellerrand hinausschauen und einen Wohlstand anvisieren, der generalisierungsfähig und für alle Erdenbewohner gleichermaßen erreichbar ist. Friends of the Earth Niederlande haben Berechnungen für ein "Sustainable Netherlands" durchgeführt und kommen zu dem Schluß, daß die notwendigen drastischen Reduzierungen des Verbrauchs von Energie, Wasser, Holz, Landschaft usw. nicht unbedingt zu einem materiellen Wohlstandsverlust führen muß (Kasten Seite 24). Ob dieser Ansatz tatsächlich zu einem "dauerhaften" oder "tragfähigen" Wohlstand führt, läßt sich kaum vorhersagen, aber die Zielrichtung stimmt. Ein konsensfähiges Motto könnte demnach lauten "Nicht weniger - nur anders" und soll andeuten, daß der neue Weg nicht zu einem Verlust an Lebensqualität, wohl aber zu Einschränkungen bei der Güterversorgung im Norden führen wird. Die Vorstellung eines globalen nachhaltigen Wachstums (Sustainable Growth), die immer wieder z.B. von der Brundtland-Kommission oder dem Business Council for Sustainable Development (Schmidheiny-Report, 1992) als Ausweg dargestellt wird, ist irreführend. Sie verhindert die Einsicht, daß strukturelle Änderungen und materieller Verzicht in den IL unabdingbar sein werden.

Konkret kann eine dauerhafte Entwicklung nur eingeleitet werden, wenn den Worten der Rio-Konferenz für Umwelt und Entwicklung Taten folgen und:

1. auf weiteres Wachstum des Ressourcenverbrauchs in den reichen Staaten verzichtet wird;
2. ökologisch effiziente Technologien weltweit zum Einsatz kommen und den regionalen Gegebenheiten entsprechend eingesetzt werden (Effizienzrevolution);
3. eine gerechtere internationale Einkommens- und Chancenverteilung erfolgt;
4. eine effektive Sozial- und Bildungspolitik verfolgt wird, die besonders die Besserstellung der Frauen anstrebt und das weltweite Bevölkerungswachstum auf ein umwelt- und sozialverträgliches Maß reduziert;
5. weltweit die Partizipationsrechte der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gestärkt werden.

GLOSSAR

- BSP/BIP**
Bruttosozialprodukt/
Bruttoinlandsprodukt
- EL**
Entwicklungsländer
- EBRD**
Osteuropäische Bank für
Wiederaufbau und
Entwicklung
- GATT**
Allgemeines Zoll- und
Handelsabkommen
- GSTP**
Globales System von
Handelspräferenzen
zwischen Entwicklungs-
ländern
- IL**
Industrieländer
- MOE**
Mittel- und Ost-
europäische Staaten
- MTO**
Multilaterale Handelsor-
ganisation
- NAFTA**
Nordamerikanische
Freihandelszone
- NRO/NGO**
Nichtregierungs-
organisation
- OAU**
Organisation für Afrikani-
sche Einheit
- OECD**
Organisation für wirt-
schaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung
- UNCED**
UN-Konferenz für
Umwelt und Entwicklung
- UNCTAD**
UN-Konferenz für
Welthandel und Entwick-
lung
- UNDP**
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen
- UNEP**
UN-Umweltprogramm
der Vereinten Nationen
- UVP**
Umweltverträglichkeits-
prüfung

Literaturverzeichnis

- Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND):
- Umweltzerstörung in der Dritten Welt -
Ursachen und Zusammenhänge,
BUNDargumente, Bonn 1990
 - Umwelt(-)Steuern, BUNDargumente,
Bonn 1989
 - Plädoyer für eine ökologisch-soziale
Marktwirtschaft, BUNDposition,
Bonn 1991
 - Wie die Weltbankmacht die Welt
krank macht. Köln 1988
- Bestelladresse: BUND,
Im Rheingarten 7, 53225 Bonn
- Brown, Lester u.a.
Zur Rettung des Planeten Frankfurt, 1992
- Deutscher Bundestag
Berichte der Enquete-Kommission
"Vorsorge zum Schutz
der Erdatmosphäre"
Bonn 1990
- Friends of the Earth Netherlands
Actionplan: "Sustainable Netherlands"
Amsterdam 1992
- Goodland, Robert; Daly, Herman; Serafy,
El Salahi; Droste von, Bernd.
Nach dem Brundtland-Bericht
Bonn 1992
- Gore, Al
Wege zum Gleichgewicht
Frankfurt/M 1992
- Harenberg-Lexikon-Verlag (Hrsg.)
Aktuell '93
Dortmund 1992
- Harborth, Hans-Jürgen
Dauerhafte Entwicklung statt globaler
Selbsterstörung
Berlin 1991
- Volker Hauff (Hrsg.)
Unsere gemeinsame Zukunft
Der Brundtland-Bericht
Greven 1987
- Kreditanstalt für Wiederaufbau
Geschäftsbericht 1991, Frankfurt 1992
- Launer, Ekkehard
Datenhandbuch Süd-Nord
Göttingen 1992
- Loske, Reinhard
Wege zur Klimastabilisierung
Heinrich-Böll-Stiftung 1990
- Masserrat, Mohssen
Energiesteuer und Nord-Süd-Konflikt
Diskussionspapier, Universität Osnabrück,
FB Sozialwissenschaften, 1993
- Nuscheler, Franz
Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungs-
politik
3. Aufl., Bonn 1991
- Schmidheiny, Stefan
Business Council for Sustainable
Development
Kurswechsel. Globale unternehmerische
Perspektiven für Entwicklung und Um-
welt, München 1992
- Spangenberg, Joachim
Umwelt und Entwicklung
Argumente für eine globale Entwicklungs-
strategie
Marburg, 1991
- Spiegel Spezial
Bericht des Club of Rome 1991
Hamburg 1991
- SEF-Stiftung Entwicklung und Frieden
(Hrsg.)
Die Herausforderung des Südens
Der Bericht der Südkommission
Bonn 1991
- SEF- (Hrsg.) Globale Trends 1991
Bonn 1991
- UNCED-Projektstelle (DNR/BUND)
Unser trügerischer Wohlstand
Wuppertal 1992
- "Ökologische Dimensionen der
Weltwirtschaftsbeziehungen"
Bonn 1992
- Weizsäcker, Ernst-Ulrich von
Erddpolitik
3. Auflage, Darmstadt 1992
- Weltbank
- Weltentwicklungsberichte 1991, 1992
- Jahresberichte 1991, 1992
- Weltwirtschaft, Ökologie und Entwick-
lung (WEED)
- Diverse Informationsbriefe und Sonder-
dienste
Bonn 1991/1992/1993
- Die Schuldenkrise des Südens, Seminar-
protokoll 1993
Bestelladresse: WEED, Berliner Platz 1,
5300 Bonn 1
- Wölcke, Manfred
Umwelt- und Ressourcenschutz in der
internationalen Entwicklungspolitik
Baden-Baden 1990

I ANHANG

Die Ergebnisse von Rio - der Durchbruch für eine globale Umweltpolitik?

Wie kam es zu der Konferenz in Rio?

Nach der ersten großen UNO-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm gab es kaum Verbesserungen im internationalen Umweltschutz - im Gegenteil, die grenzüberschreitende Verschmutzung erreichte globale Ausmaße und überall in der Welt verschärften sich die sozialen Verhältnisse.

Hohe Erwartungen wurden 20 Jahre später an die Konferenz der Vereinten Nationen zu "Umwelt und Entwicklung" (UNCED) gestellt: Man wollte innerhalb kürzester Vorbereitungszeit Konventionen zum Klimaschutz, zum Schutz der biologischen Vielfalt und zum Schutz der Wälder zur Unterschriftsreife bringen. Darüber hinaus war geplant, ein Aktionsprogramm für das nächste Jahrhundert aufzustellen und eine Erd-Charta zu verabschieden, ähnlich der Menschenrechts-Charta der UN. Viele sahen den UN-Umweltgipfel (UNCED) als Durchbruch, die globale Krise zu lösen.

Was kam heraus?

1. Die Klimakonvention

Die Klimakonvention ist bisher eine vage und zu nichts verpflichtende Absichtserklärung. Dennoch sollte sie vor allem von den Industriestaaten sofort ratifiziert werden, damit unverzüglich Verhandlungen zu Protokollen aller Treibhausgase mit kürzeren Zeitvorgaben aufgenommen werden können.

2. Die Konvention zur biologischen Vielfalt

In der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt bekennen sich die Regierungen weltweit erstmals zur gemeinsamen Verantwortung für deren Erhalt. Wirtschaftliche Vorteile, die aus biologischen Ressourcen gezogen werden, sollten einer gerechten globalen Verteilung unterliegen.

Solange jedoch nicht das Verhältnis von "nachhaltiger Nutzung" und "schädigender Ausbeutung" definiert wird und keine Überwachungsinstrumente eingeführt werden, bleibt die Konvention ohne Biß.

3. Prinzipien zum Schutz der Wälder

Die erhoffte Waldkonvention konnte nicht verabschiedet werden - zu unterschiedlich waren die Interessen von Nord und Süd. Besonders der Süden wehrte sich dagegen, die Waldreserven zum globalen Erbe der Menschheit zu erklären. Aber auch die Holzlobby aus dem Norden wehrte sich gegen eine ernsthafte Regelung zum Schutz der Wälder. So wurde im wesentlichen über Nutzungsformen von Wäldern diskutiert. Die Grundsatzserklärung zum Wald läßt die Möglichkeit für weitere Verhandlungen um eine Wälder-Konvention jedoch offen.

4. Agenda 21

Die Agenda 21, das "Aktionsprogramm für das nächste Jahrhundert", gibt auf mehr als 700 Seiten, einen Überblick über zahlreiche Einzelthemen der Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die Programme machen Angaben über die notwendige Finanzierung.

Viele gute Ansätze werden jedoch kaum zum Tragen kommen, da es sich hier nicht um ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen handelt, sondern nur um eine politische Willenserklärung, die angesprochenen Themen zukünftig zu berücksichtigen. Dies bleibt bei den nationalen Einzelinteressen vieler Regierungen fraglich. Völlig unzureichend sind die Vorschläge für die Finanzierung des Mammutprogramms AGENDA 21 und der Konventionen. An der fehlenden Zahlungsbereitschaft zeigt sich, daß die Anerkennung der globalen Verantwortung von den Ländern des Nordens ein reines Lippenbekenntnis ist.

Fazit:
Die Erwartungen an die Konferenz waren zu hoch gesteckt, und somit sind die Ergebnisse von Rio enttäuschend.
Während UNCED redeten die Regierungen von nachhaltiger Entwicklung - ein neues Entwicklungsmodell ist jedoch nicht in Sicht. Herkömmliche Konzepte wie Wirtschaftswachstum und technologischer Fortschritt werden weiterhin als der richtige Weg für die soziale und ökologische Umgestaltung betrachtet.
UNCED hat es zwar vermocht, die Themen Umwelt und Entwicklung in die öffentliche Diskussion zu bringen, die erhoffte Trendwende ist aber ausgeblieben.

5. Rio-Deklaration

Die Rio-Deklaration ist eine politische Willenserklärung in 27 "ausgepokerten" Prinzipien. Völkerrechtlich gesehen stellt sie kein verbindliches Vertragswerk dar und es bleibt zu vermuten, daß sie trotz einiger positiver Ansätze nicht Eingang in die praktische Politik finden wird. Die Benennung des Rechts auf Entwicklung, die Forderung nach demokratischer Beteiligung an Entscheidungen, die Einführung einer umfassenden Umweltgesetzgebung, die Anerkennung der Hauptverantwortung der Industrieländer für die globale Umweltkrise und die Forderung nach der Anwendung des Verursacherprinzips können bestensfalls der Öffentlichkeit als Grundlage für Forderungen gegenüber Politikern dienen.

6. UN-Kommission für "Sustainable Development" (UNCSD)

Die Umsetzung der Ergebnisse von Rio soll durch eine neueingesetzte Kommission beim Wirtschafts- und Sozialausschuß der UNO begleitet werden. Diese Kommission soll für eine Koordination der verschiedenen Organisationen des UN-Systems sorgen und der Generalversammlung regelmäßig über die Aktivitäten der Vertragsstaaten berichten. Diese sollen der Kommission dazu in regelmäßigem Abstand Berichte über den Fortschritt ihrer Bemühungen übermitteln. Von Kritikern wird der Einfluß dieser Kommission als eher gering eingestuft, wenn es darum geht, den Norden zu tiefgreifenden ökologischen Strukturänderungen zu bewegen.

2 ANHANG

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) - Königsweg der Umweltpolitik?

Die UVP soll die Auswirkungen von Vorhaben auf die natürliche Umwelt prognostizieren und bewerten und damit in die Entscheidungsfindung über die Realisierung des Vorhabens eingehen. Alle Vorhaben - seien es Projekte wie z.B. Straßen, Industrieanlagen, Staudämme oder Planungen wie z.B. Regional- und Infrastrukturplanungen oder Gesetze wie z.B. Steuergesetze - sollten im Idealfall auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden. Ein Hauptproblem der UVP liegt in der Bewertungsfrage, d.h. in der Beurteilung, was eigentlich "umweltverträglich" bedeutet bzw. was "erhebliche" Auswirkungen von Vorhaben auf die Umwelt sind. Obwohl das formale Instrumentarium der UVP in den meisten Ländern dieser Erde und bei den internationalen Entwicklungshilfeorganisationen eingeführt wurde, lassen sich wesentliche Verbesserungen in der Realisierung von Projekten in Industrie- und Entwicklungsländern nicht erkennen. Gründe dafür sind:

1. Umweltverträglichkeit und Umweltqualitätsziele

Selbst bei hoher Priorität für den Umwelt'schutz fehlt im allgemeinen eine Vorstellung davon, wie die Umwelt konkret qualitativ aussehen soll. Es fehlen Qualitätsziele für die wichtigsten Ressourcen Wasser, Boden und Luft (Klima); d.h. es existieren zwar Grenzwerte, wie verschmutzt unser Wasser maximal sein darf, aber es fehlen Qualitätsziele, wie sauber unser Wasser werden soll, wieviel unversiegelten Boden, wie reine Luft usw. wir brauchen und wollen. Dabei darf nicht nur der Mensch als Maßstab im Mittelpunkt stehen, sondern es sind ebenfalls Ansprüche von Fauna und Flora an unsere Umweltqualität zu berücksichtigen. Umweltverträgliche Projekte ohne erhebliche Auswirkungen sind in diesem Sinne solche, die der Erreichung dieser positiv formulierten Ziele dienen oder zumindest mit entsprechenden Ausgleichsmaßnahmen keine Verschlechterung hinsichtlich der Zielerreichung bewirken. Eine Ausrichtung an Grenzwerten ist nicht sinnvoll, Grenzwerte sind wenig geeignet, ökologische Zusammenhänge zu berücksichtigen. Sie werden durch die verschiedensten Lobbyisten beeinflusst und legitimieren Umweltverschmutzung bis zu dieser Grenze.

2. Umweltverträglichkeit und Zielkonflikte

Bei der meist von Verwaltungsbehörden und Politikern zu treffenden Entscheidung, ob ein umweltbeeinträchtigendes Vorhaben realisiert wird, kollidiert das Ziel Umweltschutz häufig mit anderen Zielen, z.B. Arbeitsplatzbeschaffung/-erhaltung, Infrastrukturentwicklung, Steuereinnahmen, wirtschaftliches Wachstum oder Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Selbst wenn ein Vorhaben als umweltbelastend eingestuft wird, führt der Abwägungsprozeß mit anderen Zielsetzungen meist dennoch zur Realisierung des Vorhabens. In der Praxis kommt es durch die UVP zur Entscheidung für eine Variante des Verfahrens, die weniger umweltschädigend ist als die ursprünglich geplante, die aber trotzdem noch zu erheblichen Eingriffen in die Natur führen kann.

In der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit wird die UVP in der Regel von internen Gutachtern durchgeführt, die an einer zügigen Projektabwicklung - auch im Sinne des Auftraggebers - interessiert sind. Hier besteht dann ein Zielkonflikt zwischen schneller Projektabwicklung und Umweltschutzbelangen.

3. Umweltverträglichkeit und Partizipation

Ein wichtiger Bestandteil bei der Prüfung der Umweltverträglichkeit ist die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung, von Umweltschutzinitiativen und -verbänden, weil hier zumeist gutes Fachwissen über die konkreten örtlichen Bedingungen vorliegt.

Im bundesdeutschen UVP-Gesetz ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit zwar vorgesehen, aber inwieweit dieses Fachwissen in die Projektbeurteilung und Entscheidungsfindung einfließt, bleibt den Entscheidungsträgern überlassen.

In den Entwicklungsländern tritt als zusätzliches Problem auf, daß hier die Organisation von Umweltschutzinteressen in Verbänden noch schwieriger ist als in Industrieländern und Partizipation der betroffenen Bevölkerung in der Regel nicht vorgesehen ist.

Umweltverträglichkeit muß aber in Übereinstimmung mit den Vorstellungen der Mehrheit der betroffenen Bevölkerung festgestellt werden.

4. Umweltverträglichkeitsprüfung und Anwendungsdefizite

Wie die meisten Industrieländer verfügt auch die Bundesrepublik Deutschland über das Instrument der UVP. Das UVP-Gesetz schreibt eine Umweltverträglichkeitsprüfung nur für Projekte bestimmter Größe (z.B. Kraftwerke, größere Chemieanlagen, Abfallentsorgungsanlagen, Bundesfernstraßen u.a.) vor, die in einer Positivliste aufgeführt und Gegenstand eines verwaltungsbehördlichen Verfahrens sind, nicht aber für die allgemeine Planung oder für Gesetze. Dabei ist die Grenzziehung zwischen Projekten, für die eine UVP durchzuführen ist, und solchen, für die keine UVP erforderlich ist, nicht ökologisch begründbar. Während beispielsweise Anlagen der Massentierhaltung ab einer Größe von 1400 Schweinemastplätzen UVP-pflichtig sind, bedürfen Anlagen mit 1200 Mastplätzen keiner UVP.

Darüber hinaus binden die Ergebnisse der UVP den Entscheidungsträger nicht, d.h. selbst Projekte mit erheblichen Umweltauswirkungen können realisiert werden.

Bei der bundesdeutschen Entwicklungszusammenarbeit werden Projekte ebenfalls auf die Umweltverträglichkeit überprüft. Auch hierbei kann trotz Einordnung in die schlechteste Kategorie (U4 = ökologisch nicht mehr tragbare Belastungen) ein Projekt aufgrund von Entscheidungen auf "Politischer Ebene" dennoch realisiert werden.

In den Entwicklungsländern selbst treten Anwendungsdefizite häufig aufgrund von mangelnden Langzeitdaten auf, ohne die Trends und Prognosen von Umweltwirkungen nur unvollkommen abzuschätzen sind. Ein weiteres Problem betrifft die Durchsetzung der bereits bestehenden Umweltgesetze der Entwicklungsländer. Rechtsunsicherheit, Elitenherrschaft und Korruption der zuständigen Behörden bzw. fehlendes Durchsetzungsvermögen aufgrund mangelnder personeller und materieller Ausstattung machen die Anwendung weitreichender Umweltgesetze schwierig.

Forderungen:

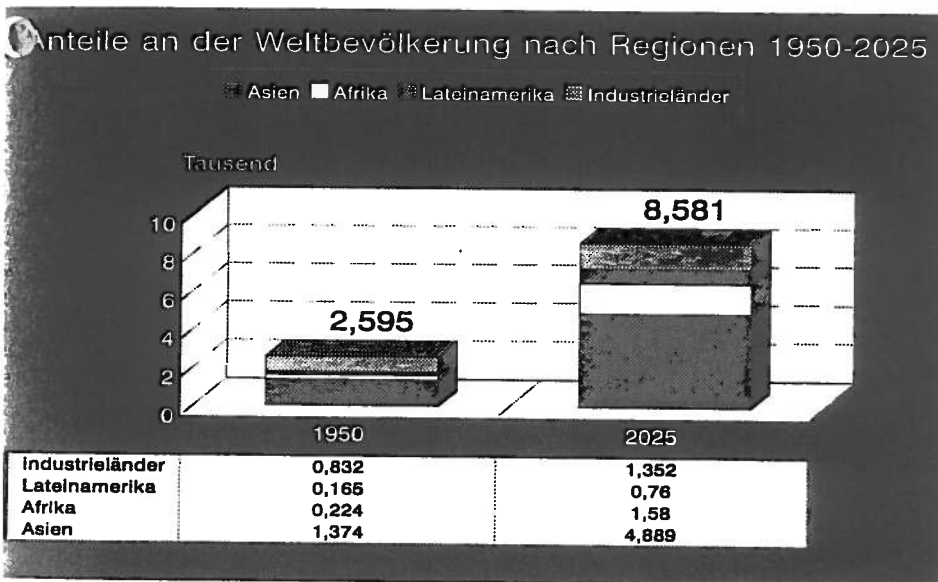
Aus den vorangegangenen Aspekten leiten sich folgende Forderungen ab:

- die UVP muß an den zu schützenden Ressourcen ausgerichtet werden, d.h. bei stark belasteten Ressourcen müssen auch kleinere Projekte einer UVP unterzogen werden
- bei mangelnder Umweltverträglichkeit darf das Projekt nicht realisiert werden (Null-Alternative)
- Ausdehnung der UVP auch auf Planung und Gesetzgebung
- verstärkte Diskussion der Umweltschutzgruppen zu Umweltqualitätszielen und Verankerung von Umweltqualitätszielen in der Umweltpolitik
- verstärkte Partizipation der von Projekten betroffenen Bevölkerung und von Umweltschutzgruppen
- Förderung und intensivere Zusammenarbeit von Umweltschutzgruppen in den Entwicklungsländern
- unabhängige externe Gutachter bei der UVP auch und gerade in der Entwicklungszusammenarbeit

Bevölkerungswachstum - Hauptgefahr des Planeten?

Heute leben etwa 5,3 Mrd. Menschen auf der Erde. Die Weltbevölkerung wächst jedes Jahr um 100 Millionen. Neueste Prognosen rechnen bis zum Jahr 2025 mit einem Zuwachs um 3,2 Mrd. auf 8,5 Mrd. Menschen (Vereinte Nationen, 1990, SEF, 1991). Während in den IL das Bevölkerungswachstum sehr gering ist, erreichen die EL trotz hoher Kindersterblichkeit und geringer Lebenserwartung ein Bevölkerungswachstum von durchschnittlich über 3% pro Jahr. Etwa eine Milliarde Menschen leben in absoluter Armut und eine schnelle Änderung ist nicht zu erwarten. Die sehr jugendliche Altersstruktur in den EL läßt die gesamte Bevölkerung auch dann noch um 30% steigen, wenn ab sofort jedes Paar nur noch zwei Kinder hätte.

Das ungleiche Bevölkerungswachstum im Norden und Süden wird das Bild der Welt nachhaltig verändern, denn der Anteil des Südens an der Weltbevölkerung wird nach Schätzungen von 77% im Jahr 1990 auf 84 % im Jahre 2025 anwachsen. Der drängende Anspruch der EL, am Reichtum des Nordens beteiligt zu werden, wird deutlicher werden.



Die Folgen des Bevölkerungswachstums:

Zerstörung und Verringerung von Wald für den zusätzlichen Brennholzbedarf und Flächenbedarf der Landwirtschaft, was zu ökologischen Ungleichgewichten und Klimaveränderung führt.

Verstärkte Landflucht, die zu explosivem Wachstum der Städte führt. Im Jahr 2000 wird die halbe Weltbevölkerung in Städten leben, die in keiner Weise dafür gerüstet sind. Die Megastädte werden zu Slumstädten verkommen.

Es entstehen nicht überwindbare Engpässe bei Arbeitsplätzen, Ausbildung, Gesundheitswesen u.a.

In bestimmten Regionen werden verstärkt Hungersnöte auftreten.

Gründe des Bevölkerungswachstums:

Alterssicherung

Sozialversicherungssysteme sind in EL weitgehend unbekannt. Viele Kinder stellen somit eine Altersvorsorge dar.

Überlebenssicherung

Kinder tragen schon früh zum Familieneinkommen bei durch Feldarbeit, Kleinhandel oder Betteln.

Traditionen und Religion

In patriarchalischen Kulturen bestätigen viele Kinder die Männlichkeit. Einige Religionen lehnen Maßnahmen zur Geburtenkontrolle ab und sehen in vielen Kindern Gottes Wunsch.

Was ist zu tun?

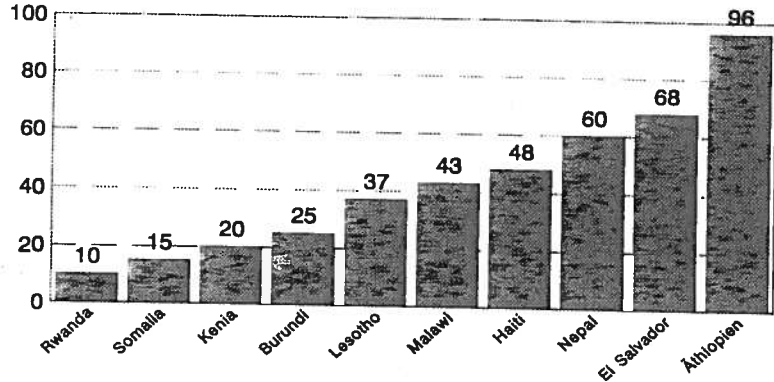
Der Weltbevölkerungsbericht 1990 der Vereinten Nationen schlägt folgende Maßnahmen vor, um einen dauerhaften Rückgang der Geburtenrate zu erreichen:

- mehr Investitionen in die Verbesserung der sozialen und menschlichen Bedingungen ;
- die Verbesserung der Gesundheit von Mutter und Kind, der Stellung und Bildung der Frauen;
- die Einschulung aller Mädchen bis zum Jahre 2000;
- spezielle Alphabetisierungsprogramme für Frauen;
- das Angebot weiterführender Schulen für Männer und Frauen;
- die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Gesundheitsaufwands mindestens 5% des BSP;

Bewußtseinsänderungen bei Männern, ohne deren Mitwirkung Familienplanung erheblich erschwert wird.

Die Länder des Südens müssen im eigenen Interesse mit Unterstützung von Entwicklungsorganisationen gezielt Anreize für eine Verringerung der Kinderzahl schaffen. Dies ist eine ihrer vordringlichsten Aufgaben.

Anteil der Bevölkerung, die bei stagnierendem Bevölkerungswachstum und hohen Intensivierungsgrad der Landwirtschaft noch ernährt werden kann

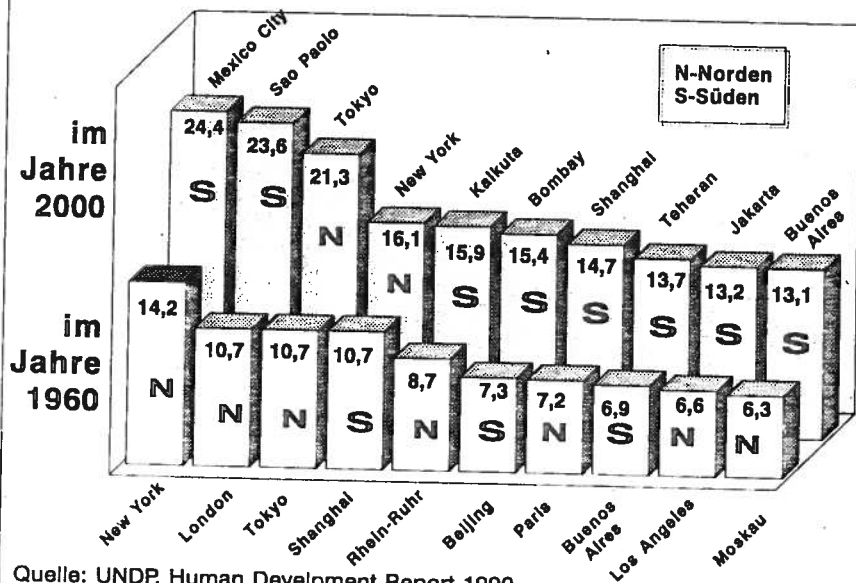


Quelle: UNFPA, Weltbevölkerungsbericht 1990

Gleichzeitig muß aber zur Kenntnis genommen werden, daß

- die Armut im Süden nicht durch die Bevölkerungsexplosion entstanden ist, sondern umgekehrt das Bevölkerungswachstum eine Folge der Armut ist. Solange Kinder die vorrangige Alterssicherung sind, werden Familienplanungsprogramme weiterhin ohne Erfolg bleiben.
- weltweit ausreichend Nahrungsmittel für alle Menschen produziert werden. Hunger ist Folge ungleicher Verteilung.
- der Zwang, Devisen mit Cash Crops zu erwirtschaften, die Selbstversorgung erheblich beeinträchtigt.
- ungerechte Landverteilung und Vernachlässigung der Landwirtschaft den landwirtschaftlichen Erfolg der Kleinbauern verhindern.
- jedes Kind, das z.B. in den USA geboren wird in Zukunft die Umwelt und Ressourcen ebenso stark belasten wird wie z.B. 55 Neugeborene in Indien oder 900 in Nepal.

Die zehn größten Städte



Quelle: UNDP, Human Development Report 1990.

4 Anhang

Toblacher Thesen - Gesundheit und ökologischer Wohlstand:

Langsamer und weniger, besser und schöner. Traditionell werden im Verlauf der Toblacher Gespräche Thesen formuliert, die auf der Tagung diskutierten Problemstellungen und Lösungsansätze zusammenfassen.

These 1:

Gesundheit von Mensch und Natur sind in Gefahr. Während mehr und mehr Menschen wohlstandskrank, überernährt, gestreßt und beziehungsgeört sind, lebt eine Milliarde Menschen unterhalb des Existenzminimums. Die Klimakrise, die Zerstörung der Ozonschicht, die chemische Belastung durch ständig neue Synthese-Produkte, die fortschreitende Knappheit an sauberem Wasser sind nur einige der globalen Gefahren. Ein "Fortschritt", der zunehmend unsere Lebensgrundlagen zerstört und ein "Wohlstand", der seine Kosten auf andere abwälzt, auf die Natur, auf die Dritte Welt, die zukünftigen Generationen und somit die Lebenschancen aller verschlechtert, stehen im Widerspruch zur Gesundheit und fordern zu einer ökologischen Wende auf.

These 2:

Wir haben Luft, Wasser und Boden mit Schadstoffen verseucht. Nitrat und Biozide erreichen immer tiefere Grundwasserschichten. Die Anreicherung schwer abbaubarer Stoffe über Nahrungsketten führt zu Beeinträchtigungen der Gesundheit und zu irreversiblen Schäden in Ökosystemen (zum Beispiel Artensterben). Dadurch werden vor allem Schäden am Immun- und Nervensystem hervorgerufen. Das Krebsrisiko steigt durch Schadstoffe in der Luft (wie Dieselruß, Benzol, Cadmium), im Wasser (wie Chloroform) und im Boden (wie Dioxine, Arsen). Auch wenn Toleranzwerte für Einzelstoffe nicht überschritten werden, können subjektive Befindlichkeitsstörungen auftreten. Grenzwerte können unsere Gesundheit und die Ökosysteme nicht schützen. Sofortiger Verzicht auf toxische Stoffe und die Verminderung von Abfallstoffen sind ein Ausweg aus der bedrohlichen Situation.

These 3:

Die Zivilisationskrankheiten breiten sich aus: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes, Rheuma und Aids. Ängste und Depressionen nehmen zu. Aggressivität, Gewalt und Verrohung greifen um sich. Unsoziales Verhalten, Drogen- und Alkoholsucht, Medikamentenmißbrauch und psychosomatische Störungen sind die Antworten auf einen Lebensstil, der "immer schneller, immer mehr" zum obersten Prinzip hat. Die allgemeine immunologische Abwehrkraft ist besorgniserregend belastet. Als neue Herausforderung ist die Menschheit mit Aids konfrontiert, einer weltweiten Epidemie, deren dramatischen sozialen, ökonomischen und politischen Konsequenzen völlig unterschätzt werden.

These 4:

Die vorherrschende Medizin westlicher Prägung ist krank. Sie leidet am krassen Materialismus, der Krankheit vorwiegend als reparaturbedürftigen Defekt ansieht. Krankheiten sind auch unbewußte Hilferufe des Menschen; die entschlüsselt und geheilt werden wollen. Wir brauchen eine Aufwertung sanfter Heilmethoden. Wichtig wäre: Sprechen und Zuhören. Ernstnehmen des Patienten, nicht Abspeisen mit Tabletten, medizinische Technik auf ein menschliches Maß reduzieren. Die Medizin sollte ihre Therapie stärker darauf ausrichten, die tieferliegenden Ursachen von Krankheiten in Zusammenhang von Umwelt, Ökonomie und sozialer Problematik zu begreifen. Sie wird dann den Menschen in seiner Ganzheit annehmen können und seine Eigenverantwortung für Gesundheit stärken. Die medizinische Versorgung muß auch für die armen Länder sichergestellt werden.

These 5:

Wir brauchen eine präventiv orientierte Gesundheitspolitik. Die Reparaturwerkstatt Gesundheitswesen ist heute völlig überfordert. Die Kostenexplosion ist das Ergebnis eines Gesundheitssystems, das möglichst viele und teure Leistungen honoriert. Darüber hinaus muß das Gesundheitswesen auch die enormen Gesundheitsfolgekosten der Naturzerstörung und die psychologischen Schäden unseres Wohlstandsmodells mittragen. In vielen Industrieländern sind heute die Kosten für die Reparatur der Gesundheit wesentlich höher als die Kosten für Ernährung. Das Abwälzen der Kosten auf Patienten (Selbstbeteiligung) berücksichtigt nicht die umweltbedingten Ursachen der Krankheiten und zerstört die Solidarität unter den Kranken und mit den Gesunden. Präventive Medizin im Sinne einer sozial und ökologisch verantwortlichen Daseins-Vorsorge muß das Ziel sein.

These 6:

Die weitere Zunahme gesundheitlicher und ökologischer Zerstörungen ist eng verknüpft mit unserer Art zu produzieren und zu konsumieren. Ein ökologischer Wohlstand wird einen Gewinn an Gesundheit und Lebensqualität bedeuten, keineswegs jedoch Askese. "Langsamer, weniger, besser, schöner" ist die Devise. Ein solcher Wohlstand läßt sich mit unserem Bruttosozialprodukt nicht messen, ist aber gleichwohl volkswirtschaftlich effizienter und entlastet daher die öffentlichen Haushalte. Ökologischer Wohlstand kann eine Verringerung der über den Markt bezogenen Güter und Dienstleistungen, und damit der Arbeitsplätze bedeuten, dafür mehr kulturelle, soziale und Eigenarbeit mit sich bringen. Das Gelingen dieses notwendigen Kurswechsels wird wesentlich davon abhängen, ob darin nicht eine Bedrohung, sondern eine Herausforderung für neue Inhalte, eine neue Verteilung der Arbeit und mehr Lebensqualität gesehen wird.

These 7:

Die Herausforderung der globalen Naturzerstörung zwingt zu neuen Strukturen in der Arbeits- und Produktionswelt. Gesund arbeiten heißt nicht nur unter gesunden Bedingungen zu arbeiten, mit weniger Streß und mehr Autonomie bei der Gestaltung von Arbeitsinhalt, Arbeitsumfeld und Arbeitszeit. Gesund arbeiten bedeutet auch, Produkte und Dienstleistungen herzustellen, die sinnvoll gebraucht werden, langlebig und unschädlich sind, die Natur nicht zerstören, die Dritte Welt nicht ausbeuten und im Rahmen einer Kreislaufwirtschaft weitgehend wiederverwertet werden können. Voraussetzung für diese Neuorientierung ist auch eine entsprechende Sensibilisierung der Belegschaften sowie eine Verstärkung der betrieblichen Mitbestimmung, wobei sich auch die Gewerkschaften öffnen und ökologisch umorientierten müssen.

These 8:

Eine gesunde und richtige Ernährung ist entscheidend für das körperliche und seelische Wohlbefinden. Unsere Wohlstandsernährung hat zur Folge: Karies, Arteriosklerose, Altersdiabetes, Bluthochdruck, Darmkrebs. Zu empfehlen sind: weniger Fleisch, Fett, Zucker, Salz und Alkohol, dafür mehr Grundnahrungsmittel wie Brot und Nudeln aus Vollkorngetreide, Kartoffeln und Reis, Milch und Milchprodukte, Gemüse und Obst. Langsamer und weniger essen, dafür besser und schöner sind Bausteine einer neuen Eßkultur. Sie muß alle Generationen einbeziehen und wird in gemeinsam eingenommenen Mahlzeiten gepflegt. Ein Tisch gedeckt mit Nahrung der jeweiligen Jahreszeit, aus ökologischem und regionalem Anbau sowie aus artgerechter Tierhaltung, ist ein Beitrag zu einer lebensbejahenden, die Natur schonenden und verantwortbaren Eßkultur. Die Dritte Welt muß auch an einem solchen Tisch sitzen.

These 9:

Im Wohnbereich und im mittelbaren Lebensbereich nehmen die Gesundheitsgefährdungen zu. Asbest, Formaldehyd und andere Wohngifte stellen ein Gesundheitsrisiko dar, das immer mehr Menschen trifft. Wohngettos, Zerstörung von Grünflächen, Straßenbauprojekte und Zubetonierung der Siedlungen vermindern die Lebensqualität im Wohn- und Nach-

barschaftsbereich, insbesondere für Kinder und ältere Menschen. Die bebaute Umwelt muß ungiftig, wieder sinnlich erfahrbar und in die natürlichen Kreisläufe eingebettet sein und sollte sich an lokalen Traditionen orientieren. Dorf und Stadt müssen für die Menschen zurückgewonnen werden. Der Verlust der Schönheit gehört zu den gravierendsten Schandtaten unserer Zivilisation. Schönheit muß der Baustoff der Zukunft sein.

These 10:

Getötete, Verletzte, Behinderte, Luftverschmutzung, Lärmstreß, Naturverbrauch, Verschandelung der Landschaft und des Ortsbildes sind die nicht mehr hinnehmbaren Folgen des heutigen Verkehrs. Gesundheit und ökologischer Wohlstand erfordern eine Verkehrspolitik, die mit den Ressourcen haushaltet, die Kosten den Verursachern aufbürdet und das Recht auf Bewegungsfreiheit der Fußgänger, vor allem unserer Kinder, als Planungsmaßstab nimmt. Sanfte Mobilität mit Bahn oder Bus, per Fahrrad und zu Fuß, heißt das Ziel. Der Ausbau und die Vernetzung des öffentlichen Verkehrssystems und die radfahr- und fußgängerfreundliche Umgestaltung der Straßen sind der Weg. Autoverkehr vermeiden, verringern und verlangsamen sind notwendige Bedingungen für die Wiedergewinnung der Nutzungsvielfalt und Erlebnisdichte, für Lebensqualität - für das gute Leben.

These 11:

Es ist höchste Zeit zum Handeln. Trotz einer zunehmenden ökologischen Sensibilisierung der Bevölkerung, schreitet die Naturzerstörung unaufhaltsam fort. Unsere Gesundheit liegt in unseren Händen, aber ohne eine auf die Gesundheit von Mensch und Natur ausgerichteten Umwelt, Sozial- und Wirtschaftspolitik werden wir immer kränker. Diese Politik kommt nicht von selber, sondern erfordert die Beteiligung aller Gruppen und Organisationen der Gesellschaft und Einsatz und Zivilcourage jedes einzelnen, vor allem auch der Frauen. Dazu müssen wir unsere hohen Ansprüche an Bequemlichkeit, an materielle (Ersatz-)Bedürfnisse überwinden. Notwendig ist eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Frage: Was wollen wir, was brauchen wir wirklich? Der Ausblick ist ein schöneres und besseres Leben, ein immenser immaterieller Gewinn.

These 12:

Gesundheit und ökologischer Wohlstand sind keine abstrakten Ideale. Sie betreffen unsere Lebensqualität, aber insbesondere auch die unserer Kinder und Enkel. Der ökologische Kurswechsel, den wir einfordern, ist die Bedingung für einen neuen Generationenvertrag. Dabei sollten wir uns von den Lebensbedürfnissen und Lebensrechten der Nachgeborenen leiten lassen. Wir bedürfen einer vertieften Sensibilität, in der die Menschen aller Länder, die kommenden Generationen und die Natur geachtet werden, wobei wir unser Grundrecht auf Gesundheit auch einklagen können müssen. Ohne diese Ausweitung unseres Empfindens, Erkennens und Handelns kann es heute keine verantwortbare Gesundheit geben.